



Jahresbericht 2024/2025

Herausgeber:
Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.
Bismarckstr. 98 | 40210 Düsseldorf

Verantwortlich für den Inhalt:
Celia Sokolowsky

Redaktion:
Simone Kaucher
Monika Dropuljic, www.rotkehlchenpr.de

Layout:
Elke Holzschneiders

Titelbild: Georg Oligmüller

Druck:
Kafaii Kopie GmbH

Inhalt

Vorwort	5
Volkshochschulen sind immer auch lokale Agenturen für eine bessere Zukunft.....	6
Weiterbildung stärkt Zusammenhalt und Chancen in der Integration.....	8
Landesweiter vhs-Aktionstag für Demokratie: Gelungene Premiere weckt Lust auf mehr	10
Novelliertes Weiterbildungsgesetz: Evaluation unter dem Regiment der Rotstifte.....	12
Alphabetisierung und Grundbildung: Engagement kraftvoll fortsetzen	14
Im Arbeitsfeld Digitalisierung rückt Künstliche Intelligenz in den Fokus.....	16
Weiterbildung bleibt frei von Umsatzsteuer	17
BNE-Fachtag in Dortmund: Positive Projekt-Bilanz und Blick nach vorn	18
vhs goes green: freiwilliger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft.....	19
Alphanetz ebnet Zugänge zu Alphabetisierung und Grundbildung	20
Lebendige Netzwerke für individuelle Grundbildungspfade	21
Der Zweite Bildungsweg – Schwerpunkt auf Fortbildung der Lehrkräfte	22
ESF-Projektagentur unterstützt Beantragung europäischer Fördermittel.....	23
Landesverband unterzeichnet Charta der Vielfalt und startet neues Diversity-Projekt	24
Fördermöglichkeiten für kulturelle Bildung sollen systematisch erschlossen werden	25
Landesverband verstärkt Aktivitäten in der Gesundheitsbildung.....	26
Digitalwegweiser NRW: Landesweites Netz von Akteur*innen in der Medienbildung	26
Politische Bildung sucht fachübergreifenden Schulterschluss für Demokratie.....	27
Hohes Engagement der Volkshochschulen und Lehrkräfte für Erstorientierungskurse	28
Landesverband plant Erasmus+ als Angebot für alle Volkshochschulen in NRW ab 2026	29
Gremien.....	30
Der Landesverband in Zahlen	31
Finanzbericht des Landesverbands.....	31
Das Team der Geschäftsstelle.....	32
Veranstaltungen November 2024 bis Oktober 2025	34

Vorwort

2025 war und ist ein Jahr der Dringlichkeiten. Das beschreibt die gesamtgesellschaftliche Stimmungslage und gilt auch für die Anliegen der Volkshochschulen. In wichtigen Bereichen fehlen essenzielle Regelungen oder wichtige Rahmenbedingungen sind im Umbruch. Das betrifft allem voran unseren auf Freiberuflichkeit gründenden Unterrichtsbetrieb. Unter dem Druck der Sozialversicherungsträger und in Anbetracht einer relativ kurzfristigen Übergangsregelung haben etliche Volkshochschulen in NRW begonnen, ihre Kursleitenden für die umfangreichen und stark regulierten Integrations- und Berufssprachkurse fest einzustellen.

Es ist keine Frage, dass die Kursleitenden das Rückgrat unseres Weiterbildungsangebots sind. Deshalb sind ihre angemessene Honorierung und soziale Absicherung in unserem Interesse. Aber der finanzielle Rahmen dafür wurde nie geschaffen. Die erforderlichen Mittel sind im Weiterbildungssystem nicht vorhanden. Die Politik in Bund und Land versteht das Problem, überlässt die Lösung jedoch den Volkshochschulen und ihren kommunalen Trägern. Letztere müssen im Falle von Festanstellungen in Vorleistung und in dauerhafte Verantwortung gehen. Nicht jede Kommune ist dazu finanziell in der Lage. Dass das auf Breite und Aktualität angelegte Programm der Volkshochschulen außerdem weiterhin die Flexibilität einer Beauftragung freiberuflicher Honorarkräfte braucht, hat unser Dachverband gegenüber dem Bundesministerium für

Arbeit und Soziales immer wieder betont. Das kommende Jahr muss eine praktikable Lösung bringen.

Dringend stellt sich auch die Frage nach der künftigen Förderung von Alphabetisierung und Grundbildung, um die wertvollen Errungenschaften der AlphaDekade zu bewahren und wirkungsvoll auszubauen.

Mit der Neubesetzung der Gremien startet der Landesverband nun in eine neue Amtsperiode. In seiner neuen Zusammensetzung wird das Präsidium auch das Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre definieren. Einige Themenschwerpunkte werden sicherlich bleiben, darunter Integration, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung. Doch manch neue Akzentuierung zeichnet sich ab. Künstliche Intelligenz wird uns als Bildungsthema und Treiber eigener Veränderungsprozesse sicherlich verstärkt beschäftigen. Und auch die zunehmende Verbreitung und wachsende Definitionsmacht rechtspopulistischer und demokratiefeindlicher Narrative fordert uns heraus, neue Wege der politischen Bildung, des Dialogs und der partizipativen Praxis zu beschreiten.

Mit viel Raum für den produktiven Austausch über gemeinsame und auch unterschiedliche Herausforderungen, über bewährte Konzepte und neue Ideen werden wir kraftvoll ins neue Jahr starten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Foto: Thomas Hendele



Klaus Hebborn
Präsident

Celia Sokolowsky
Vorstandsvorsitzende

Volkshochschulen sind immer auch lokale Agenturen für eine bessere Zukunft

Von Klaus Hebborn

Derzeit konstituieren sich in den Städten, Gemeinden und Landkreisen Nordrhein-Westfalens die kommunalen Parlamente der neuen Wahlperiode. Angesichts der teilweise Besorgnis erregenden Verschiebungen im Parteiengefüge könnte es mancherorts schwerfallen, zu stabilen demokratischen Mehrheiten zu finden. Dabei gilt es, Antworten auf die großen Herausforderungen zu finden, vor denen die Kommunen NRWs stehen. Ob es um die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels und die Veränderungen am Arbeitsmarkt geht, um Strategien einer nachhaltigen Entwicklung oder um Integration und gesellschaftliche Teilhabe: Jede Kommune kann dabei auf ihre Volkshochschule zählen.

Wie Volkshochschule eine zukunftsfähige Ausrichtung des kommunalen Gemeinwesens unterstützen kann, welche Potenziale es noch stärker zu entfalten gilt und welch beispielgebende Praxis es mancherorts bereits gibt, war das Kernthema der diesjährigen Leitungstagung, die im Juli in Aachen stattfand. Sie stand unter dem Motto „Volkshochschule gestaltet Kommune“. Rund 100 vhs-Leiterinnen und Leiter tauschten sich im historischen Ratssaal der Stadt mit Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen darüber aus, welche Rolle Volkshochschule in einer Kommune spielen kann, die für Offenheit und Vielfalt, für Chancengerechtigkeit und Zusammenhalt stehen will. Kolleginnen und Kollegen berichteten von besonderen Initiativen: Von spielerischer Sprachförderung, die Kindern mit Deutsch als Zweitsprache den Übergang in die weiterführende

Schule erleichtert. Von kommunalen Beschäftigten, die an der Volkshochschule den Umgang mit neuartiger Software oder mit Künstlicher Intelligenz lernen. Von gering Qualifizierten, die an der vhs eine neutrale Beratung erhalten, die ihnen Möglichkeiten der Weiterbildung und neue berufliche Perspektiven aufzeigt.

Kommune und vhs ermöglichen Erfahrung sozialer Zugehörigkeit

Die Aachener Oberbürgermeisterin berichtete mit großer Achtung von jungen Menschen, die ihren Schulabschluss an der Volkshochschule nachholen und von Zugewanderten, die sich mit der bestandenen Prüfung nach dem Integrationskurs eine neue Lebensperspektive in Deutschland eröffnen. Die Übergabe der Abschlusszeugnisse und Zertifikate sind Meilensteine in individuellen (Bildungs-)Biographien. Die Stadt Aachen feiert sie jedes Jahr im historischen Krönungssaal des Rathauses, damit die gesamte Stadtgesellschaft von diesen Erfolgen erfahren und daran Anteil nehmen kann. Und auch, um den Absolventinnen und Absolventen zu verdeutlichen, dass sie Teil einer Gemeinschaft sind, in der jeder und jede Einzelne zählt.

Dass Volkshochschulen sich als Orte der Begegnung und des Dialogs verstehen, spielte bei der Leitungstagung ebenfalls eine große Rolle. Es ging um die Frage, inwieweit sich Volkshochschulen mit Hilfe unterschiedlicher Förderprogramme des Landes NRW weiterentwickeln und neue oder zusätzliche Räume und Kontexte schaffen können, damit Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen und in Austausch



Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen begrüßt die Teilnehmenden der Tagung im Ratssaal des historischen Rathauses

kommen können. Auch wenn über die Bewerbungen der so genannten zweiten Generation der Dritten Orte im ländlichen Raum bereits entschieden ist, stehen die Chancen gut, dass die Landesregierung das Förderprogramm über 2028 hinaus fortsetzt und dies noch im Laufe der aktuellen Wahlperiode auf den Weg bringt. Bereits bestehende Dritte Orte bieten Volkshochschulen zudem die Chance, sich als Kooperationspartnerinnen zu beteiligen – so wie sich Volkshochschulen auch in den Großstädten zunehmend in die Programmgestaltung von Stadtteil- und Quartierszentren einbringen.

Partizipation und Selbstwirksamkeit helfen gegen Frust und Ohnmacht

Die Kommune bietet einen guten Rahmen, um Verfahren der Bürger*innen-Beteiligung zu etablieren und so die Demokratie zu stärken. Denn in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld möchten viele Menschen mitentscheiden. Die Möglichkeit, Selbstwirksamkeit zu erfahren, ist dort besonders ausgeprägt. Und auch kommunale Entscheider*innen legen in Fragen von strategischer Bedeutung zunehmend Wert auf ein öffentliches Meinungsbild. Es geht darum, Entscheidungen von großer finanzieller Tragweite gut in der Bevölkerung zu verankern. Gemessen an ihrem Potenzial spielen Volkshochschulen in diesem kommunalen Handlungsfeld bisher allerdings meist noch keine tragende Rolle.

In der Regel verfügen Volkshochschulen nicht über die nötigen personellen Ressourcen, um zusätzlich zu ihrem Weiterbildungsauftrag kommunale Beteiligungsverfahren zu steuern. Doch sie verfügen über wertvolle Kompetenzen: Volkshochschulen beobachten und analysieren beständig gesellschaftliche Entwicklungen und Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Sie verstehen es, Diskurse zu moderieren. Hunderttausende Menschen gehen jährlich in den Volkshochschulen von NRW ein und aus, sie kennen und schätzen „ihre vhs“. Der Kontakt ist oft intensiv und dauerhaft: Über Monate und mitunter Jahre entstehen persönliche Verbindungen. Das bedeutet: In kaum einer Einrichtung kann die Kommune den Menschen vor Ort so nahe kommen wie in der Volkshochschule. Mit aufsuchender Bildungsarbeit schaffen Volkshochschulen zusätzliche Zugänge und damit auch Möglichkeiten für die Kommune, jenseits klassischer Verwaltungsvorgänge mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu treten.



Klaus Hebborn, Präsident des Landesverbands der Volkshochschulen von NRW. Fotos: Thomas Langens

Demokratie braucht konstruktive Kultur des Einmischens

Vielfach greifen Volkshochschulen eigeninitiativ kommunale Fragestellungen auf, um Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen und demokratische Meinungsbildung zu fördern. Sie begründen Runde Tische, richten Bürgerwerkstätten aus oder fördern bürgerschaftliche Initiativen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“. Solche Beispiele gibt es sowohl in Großstädten als auch in ländlichen Regionen.

Größe und Ausstattung einer vhs beeinflussen, welche Kapazitäten zur Verfügung stehen, um sich als Akteurin in kommunale Entwicklungsprozesse einzubringen. Und es ist wahrlich keine kleine Aufgabe, kontinuierlich ein qualitativ hochwertiges, zeitgemäßes und bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot vorzuhalten. Damit Volkshochschule die Rolle der kommunalen Bildungspartnerin wirkungsvoll ausfüllen kann, ist es jedoch entscheidend, dass die Kommunen, Verwaltungen wie auch Politik dieses Potenzial erkennen und Volkshochschulen systematisch in ihre Entwicklungsstrategien einbinden. Der Landesverband wird die Volkshochschulen und die Kommunen in NRW weiterhin nach Kräften darin unterstützen, noch stärkere Allianzen für eine gute Zukunftsgestaltung einzugehen. Denn Zukunft entscheidet sich vor allem vor Ort.

Klaus Hebborn ist Präsident des Landesverbands der Volkshochschulen von NRW

Weiterbildung stärkt Zusammenhalt und Chancen in der Integration

Deutschland kann Integration. Das hat eine OECD-Studie aus dem Jahr 2024 bestätigt. Mit diesem Hinweis eröffnete Dr. Marie Batzel, Leiterin der Kölner VHS und Vizepräsidentin des vhs-Landesverbandes die zweitägige Integrationskonferenz. Die Veranstaltung, die mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände in NRW stattfand, war die bundesweit größte zum 20-jährigen Bestehen des Integrationskurses mit rund 300 Teilnehmenden aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Weiterbildung.

Seit seiner Einführung hat der Integrationskurs rund vier Millionen Zugewanderten ermöglicht, die deutsche Sprache und Grundregeln des Zusammenlebens zu erlernen, um hier in Deutschland Fuß zu fassen und sich neue Lebensperspektiven zu erschließen. Bis heute sind die Volkshochschulen das stärkste Anbieter-Netzwerk. Mit Menschlichkeit und Empathie, großem Engagement und enormer Flexibilität haben sie den Ausbau zum „Gesamtprogramm Sprache“ mitgeprägt und verschiedene Entwicklungen erlebt: steigender Bedarf in Phasen vermehrten Zuzugs, veränderte Zulassungskriterien, neue Formate, strengere Regularien. Und immer waren die Bundesmittel knapp.

Dass der Kostenerstattungssatz im Integrationskurs rund zwei Euro mehr betragen müsste, nämlich 6,64 Euro pro Unterrichtsstunde und Teilnehmer*in, beziffert die strukturelle Unterfinanzierung. Sie zu überwinden, ist ein zentrales Anliegen, dass der vhs-Landesverband zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden in einer gemeinsamen Erklärung zur Integrationskonferenz formuliert hat. Denn während der Bund nur etwa zwei Drittel der tatsächlichen Kosten trägt, bleibt ein Drittel an den Volkshochschulen hängen und damit an den Kommunen. Dass diese sich vielfach vom Bund im Stich gelassen fühlen, verdeutlichte Daniela Schneckenburger, Beigeordnete beim Städtetag NRW.



Prof. Dr. Andreas Zick (Universität Bielefeld) plädierte für ein verändertes Integrationsnarrativ.



Zu den Mitwirkenden der Integrationskonferenz zählte auch der Präsident des Bundesamts für Integration und Flüchtlinge (BAMF), Dr. Hans-Eckhard Sommer (2.v.r.). Fotos: Georg Oligmüller

Mehr Geld für Festanstellung von Lehrkräften oder rechtliche Klarstellung notwendig

Aktuell wächst die Unsicherheit, weil die Sozialversicherungsträger das Modell der freiberuflichen Kursleitungen zunehmend in Frage stellen. Etliche Kommunen in NRW sind deshalb dabei, Lehrkräfte für die stark reglementierten Integrationskurse fest einzustellen. Der Bund ist gefordert, rechtlich und finanziell Verantwortung zu übernehmen. Daniela Schneckenburger stellte klar: „Die Kommunen können nicht einspringen.“

Neben strukturellen Problemen leiden Volkshochschulen, Kommunen und vor allem Teilnehmende immer wieder unter der prekären Finanzausstattung des Bundesprogramms Sprache. Als im Herbst 2024 die Haushaltsmittel für 2025 schlagartig auf weniger als die Hälfte gekürzt werden sollten, reagierte das BAMF mit einer veränderten Kursverordnung und strich die Wiederholungsstunden. Seither steigt die Zahl derer, die das geforderte Sprachniveau B1 nicht erreichen und die deshalb keinen Anschluss im Berufssprachkurs finden. Für die berufssprachliche

Qualifizierung und damit für die gelingende Arbeitsmarktintegration stellt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ohnehin zu wenig Geld bereit.

In der angespannten Situation habe das BAMF die Streichung der Wiederholungsstunden für das geringste Übel gehalten, erklärte der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Dr. Hans-Eckhard Sommer, bei der Konferenz. Wenige Tage zuvor hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages ein Plus von fast 270 Millionen Euro für die Integrationskurse beschlossen. Diese Mittel, so das Versprechen des BAMF-Präsidenten, würden bis Ende 2025 ausgezahlt. Darüber hinaus kündigte er Reformen am Integrationskurssystem an. Anwesende äußerten die Erwartung, dass dabei die Perspektiven der Wissenschaft und Praxis einbezogen werden.



NRW-Integrationsministerin Josefina Paul im Gespräch.

Dass es beim Thema Integration nicht allein um Geld geht, sondern ganz wesentlich darum, die Bedürfnisse von Zugewanderten im Blick zu haben, Hürden abzubauen und Wege zu ebnen, verdeutlichte NRW-Integrationsministerin Josefina Paul. Sie verwies

auf das bundesweit einmalige Teilhabe- und Integrationsgesetz, mit dem das Land NRW ein flächendeckendes Integrationsmanagement in den Kommunen installiert und finanziell abgesichert hat.

Volkshochschulen würden in diesem System gerne eine stärkere Rolle spielen, denn kaum eine andere Anlaufstelle kann ein solch ganzheitliches Bild von den Lebensumständen, den Potenzialen, Lernbedarfen und den persönlichen Zielen von Zugewanderten gewinnen wie die Volkshochschulen im Verlauf der Monate im und um den Integrationskurs.

„Ich will die Stimme sein für alle, die nach Deutschland kommen, um hier ein gutes Leben zu finden“, sagte Idania. Auf der Bühne der Integrationskonferenz wiederholte die gebürtige Kubanerin, was sie

zuvor in einem Video-Interview berichtet hatte. Aus ihren Statements und denen weiterer Integrationskurs-Teilnehmenden an der Kölner VHS und an der vhs Volmetal ist ein bewegender Kurzfilm entstanden, der während der Konferenz gezeigt wurde. Idania verdeutlichte, wie essenziell der Integrationskurs ist: „Du brauchst die deutsche Sprache, um hier in Deutschland glücklich zu sein.“ Nur so könne man zum Ausdruck bringen, wer man ist und was man kann.

Rechtspopulismus verdrängt die Erfolgsgeschichten

Die studierte Chemikerin arbeitet inzwischen als Laborleiterin. „An den Volkshochschulen kennen wir viele solcher Erfolgsgeschichten“, betonte die Kölner vhs-Leiterin Dr. Marie Batzel. Diese Erfolgsgeschichten gilt es zu erzählen. Dr. Andreas Zick, Professor für Konfliktforschung an der Uni Bielefeld, plädierte in seiner Keynote für ein verändertes Integrationsnarrativ. Denn der öffentliche Diskurs werde, entgegen realer Entwicklungen und wissenschaftlicher Befunde, zunehmend von Rechtspopulismus geprägt. Dabei stehen verbreitete Ressentiments im Widerspruch zu objektiven gesellschaftlichen Interessen. An Idania aus Kuba gewandt sagte er: „Ihre Einbürgerung sollte vor allem unser Ziel sein und nicht allein ihres.“

Integration gelingt nachweislich dort am besten, wo soziale Beziehungen und Bindungen entstehen. Der Integrationskurs spielt dabei eine Schlüsselrolle. Die Integrationskonferenz hat unmissverständlich gezeigt: Die Volkshochschulen werden sich im Interesse Zugewanderter weiter dafür stark machen.



Idania aus Kuba verdeutlichte die Bedeutung des Spracherwerbs. Rechts: Moderatorin Souad Lamroubal.

Landesweiter vhs-Aktionstag für Demokratie: Gelungene Premiere weckt Lust auf mehr

Ein Demokratie-Erlebnis mitten im Alltag zu schaffen, das war die Idee des ersten landesweiten vhs-Aktionstags zur Stärkung der Demokratie am 4. Juli 2025. 35 Volkshochschulen in NRW folgten dem Aufruf des Landesverbandes. An mehr als 40 Standorten boten Volkshochschulen den Menschen vor Ort die Gelegenheit, sich zu informieren, spontane Statements abzugeben und miteinander ins Gespräch zu kommen. Das Motto: **#WasBewegtDich.**

Ganz überwiegend fanden die Aktionen im öffentlichen Raum statt: Auf Marktplätzen während des Wochenmarkts, in Fußgängerzonen oder auf Festen in der Innenstadt oder im Stadtteil. Die ermutigende Erfahrung: Viele Passant*innen hielten gerne inne, beteiligten sich und erfreuten sich am unerwarteten Moment der Mitwirkung.

Viele positive Berichte gingen innerhalb kurzer Zeit nach der Aktion in der Landesgeschäftsstelle ein: So hatte beispielsweise die vhs Gelsenkirchen mit Teilnehmenden aus zwei Schulabschlusskursen zwölf lebensgroße Figuren angefertigt und sie auf Bänken in der Fußgängerzone platziert. Die Figuren hielten großformatige Zeitungen mit Demokratie-Botschaften in verschiedenen Sprachen in den Händen.

Songs und Statements für eine starke Demokratie

Vor St. Josef in Langenfeld bildete sich eine Menschentraube rund um das Pavillonzelt, wo Gewinner*innen des vhs-Demokratie-Songcontests ihre Lieder vortrugen. Viele bunte Klebepunkte landeten auf der Bodenzeitung, wo Menschen angeben konnten, was sie zur Demokratie beitragen wollen: zum Beispiel „Toleranz zeigen“, „Vielfalt leben“ oder „Zivilcourage zeigen“.

Fotos der gelungenen Aktionen sind auf der Website des Landesverbandes zu sehen. Sie wurden erstmals bei der vhs-Leitungstagung in Aachen gezeigt, wo vhs-Leiter*innen ihre Erfahrungen teilten.

So berichtete Elfriede Lechthaler (vhs Stolberg), dass der Aktionstag in Verbindung mit dem Senior*innentag stattgefunden habe. Die vhs habe mit der Demokratiewerkstatt Stolberg kooperiert. Es habe verschiedene Aktionen im Sinne der Demokratiebildung gegeben, die sehr gut angenommen worden seien. Unter anderem gab es ein Demokratie-Memory für Kinder. Auch wurden Erwartungen an den Bürgermeister von Stolberg gesammelt. Unter anderem sei der Wunsch nach stärkerer politischer Einbindung geäußert worden.

Kooperationen mit lokalen Akteur*innen vertieft oder neu begründet

Vielerorts konnten Kooperationen vertieft oder neu begründet werden. Die vhs Höxter-Marienmünster gestaltete gemeinsam mit dem König-Wilhelm-Gymnasium, den „Omas gegen Rechts“ und dem lokalen Bündnis für Demokratie und Vielfalt eine „Demokratie-Meile“ in der Innenstadt von Höxter. Auch die vhs Recklinghausen kooperierte mit weiterführenden Schulen und organisierte im Städtischen Gymnasium Petrinum eine Wahlarena mit den Bürgermeister-Kandidat*innen. Die vhs Moers – Kamp-Lintfort konnte das Jugendforum Moers als Partner gewinnen, in Waltrop bereitete die vhs den Aktionstag mit Mitgliedern des Kinder- und Jugendparlaments vor.

An einigen Orten fanden die Aktionen auch mediale Beachtung, wie beispielsweise in Sundern,



Auf den Wochenmärkten in Bork und Selm kamen verschiedene Anliegen zur Sprache – von Treffpunkten über Verkehrsfragen bis hin zum gesellschaftlichen Miteinander. Das zeigt: Gelebte Demokratie beginnt im Dialog. Foto: vhs FoKuS Selm



„Man müsste an der Demokratie noch viel verbessern.“ Dieses Statement erhielt auf dem Marktplatz in Düren mehrfache Zustimmung. Dort und an acht weiteren Standorten legte die vhs Rur-Eifel am Aktionstag eine Bodenzeitung aus. Foto: vhs Rur-Eifel

wo die Westfälische Rundschau ausführlich über die Aktion der vhs Arnsberg/Sundern berichtete. Dort weckte ebenfalls eine Bodenzeitung in Kooperation mit dem örtlichen Bündnis für Demokratie und Vielfalt die Neugier der Passant*innen.

Wie in Leichlingen bot auch in Schloß Holte-Stukenbrock eine Gartenzwerg-Parade einen überraschenden Blickfang und mit Botschaften wie „Wahlrecht ab 15 cm“ einen humorvollen Gesprächseinstieg.

Spezielle Herausforderungen für großstädtische vhs

Dass es gerade im großstädtischen Raum schwierig sein kann, öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen, verdeutlichte Esther Joy Dohmen (vhs Münster) bei der vhs-Leitungstagung. In einer Stadt wie Münster konkurrierte die vhs bei Straßenaktionen mit vielen anderen Akteur*innen. Die vhs Münster hatte sich daher für ein Programm in den eigenen Räumlichkeiten entschieden und bewertete die Resonanz als Erfolg.

Die vhs Aachen nahm den Aktionstag zum Anlass, ihren neuen Raum für Demokratie- und Erinnerungsarbeit zu eröffnen. Und die vhs Köln bettete ihre Aktion ins Straßenfest der ColognePride ein und konnte so ein großes Publikum ansprechen.

Lange Nacht der Demokratie im Vorfeld der Landtagswahl 2027

Nach dem erfolgreichen vhs-Aktionstag zur Stärkung der Demokratie plant der Landesverband, im Vorfeld der Landtagswahl 2027 ein weiteres deutliches Zeichen für Demokratie zu setzen. Das Präsidium des Landesverbandes hat beschlossen, zum Semesterstart im Februar 2027 zu einer landesweiten vhs-Nacht für Demokratie aufzurufen. Das Format bietet Volkshochschulen viele Möglichkeiten, um gemeinsam mit Kooperationspartner*innen sowohl innerhalb der eigenen Räumlichkeiten als auch im öffentlichen Raum als starke Akteurin in Erscheinung zu treten und zur Diskussion und Interaktion anzuregen.

Das Koordinierungsteam in der Geschäftsstelle des Landesverbands wird im zweiten Quartal 2026 alle interessierten Volkshochschulen zum Kick-off einladen. Ein Leitfaden sowie Materialien und Austauschtreffen werden die beteiligten Volkshochschulen in der Vorbereitungsphase unterstützen. Der Landesverband kann dabei auch auf Erfahrungen anderer vhs-Landesverbände zurückgreifen, in denen eine vhs-Nacht für Demokratie teilweise schon mehrfach erfolgreich stattgefunden hat, darunter Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.



Die vhs Rheine verwandelte zusammen mit Schüler*innen des Caritas-Bildungszentrums und dem Netzwerk #PolitischeBildungRheine zentrale Plätze in der Innenstadt in interaktive Dialogorte. Foto: vhs Rheine

Novelliertes Weiterbildungsgesetz: Evaluation unter dem Regiment der Rotstifte

Für seine Verbindlichkeit und seine Weitsicht haben die Volkshochschulen das novellierte Weiterbildungsgesetz für NRW gelobt als es zum 1. Januar 2022 in Kraft trat. Mit seinem universellen Bildungsbegriff, seinem Verständnis von Weiterbildung als unverzichtbarem Faktor für individuelle Teilhabe und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit und mit der garantierten Förderung der Volkshochschule als kommunale Pflichtaufgabe hat NRW das fortschrittlichste Weiterbildungsgesetz aller bundesdeutschen Flächenländer.

Konstruktiv und kritisch hat der Landesverband der Volkshochschulen von NRW die Evaluation begleitet, die das Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) 2025 angestoßen hat. Sie nimmt insbesondere die neuen Förderinstrumente in den Blick. Das mit der Evaluation beauftragte Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik hat dazu im Laufe des Jahres Rückmeldungen von 88 Volkshochschulen ausgewertet. Der Abschlussbericht soll bis Ende 2025 vorliegen.

In seiner Stellungnahme von April 2025 konnte sich der Landesverband auf eigene Rückmeldungen aus der Praxis stützen – gewonnen aus dem kontinuierlichen kollegialen Austausch, aus der Netzwerkarbeit sowie aus einer aktuellen Befragung der Volkshochschulen zu ihren Erfahrungen mit den neuen Förderinstrumenten und Entwicklungen, die sie der Wirkung des novellierten WbG zuschreiben.

Seit der Einführung des Innovationsfonds (§19 WbG) und der Fördermittel für regionale Bildungsentwicklung (§13a WbG) unterstützt der Landesverband die Volkshochschulen mit Beratungsangeboten bei der Antragstellung. Der Beratungsbedarf, so die Rückmeldung der vhs, sei trotz guter Hilfestellung durch die zuständigen Dezernate in den Bezirksregierungen auch drei Jahre nach Einführung des neuen WbG anhaltend hoch.

Mehr Planungssicherheit durch mehrjährige Laufzeiten

Bis April 2025 hatten lediglich rund ein Viertel der Volkshochschulen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Mittel aus dem Innovationsfonds zu beantragen. Ihre Rückmeldungen sind überwiegend positiv, konnten mit Hilfe der Förderung doch neue Kooperationen begründet und neuartige Angebote konzipiert und erprobt werden. Viele vhs wünschen sich allerdings eine mehrjährige Laufzeit, da die Einjährigkeit den Projekten enge Grenzen setzt. Nach dem Ende der einjährigen Förderung fehlten zudem bisweilen die kommunalen Haushaltsmittel, um die Innovationen dauerhaft im Programm zu verankern.

In seiner Stellungnahme weist der Landesverband darauf hin, dass Volkshochschulen vielfach darauf verzichten, sich um Fördermittel aus dem Innovationsfonds zu bewerben, weil es ihnen an Personal mangelt und der kommunale Haushalt keine 20 Prozent Eigenmittel hergibt.



Die kommunalpolitische Werkstatt der vhs Duisburg verfolgt die Arbeit des Duisburger Stadtrats. Dank der Entwicklungspauschale ist das Angebot kostenlos. Foto: Ilja Höpping/Stadt Duisburg

„Die Beteiligung an Maßnahmen zu Regionalen Bildungsentwicklung (§13a) wird von den Volkshochschulen mit überwältigender Mehrheit als positiv beschrieben, so dass mehr als drei Viertel der beteiligten Einrichtungen ein Folgeantrag stellen möchten“, so die Rückmeldung des Landesverbands an das MKW. Auch hier wünschten sich beteiligte Volkshochschulen allerdings eine mehrjährige Förderung für mehr Planungssicherheit. Gerade Vernetzung in regionalen Bildungslandschaften, Kooperation und Beratung sind in einjährigen Projekten nicht sinnvoll verankert. Als Daueraufgaben benötigen sie eine fortlaufende Förderung.

Entwicklungspauschale kann Investitionsstau nicht beseitigen

Alle Volkshochschulen nutzen die Entwicklungspauschale (§17) und loben die Beantragung als unaufwändig. Doch die Förderung kann das Fehlen ausreichender Investitionsmittel nicht kompensieren – beispielsweise in puncto Digitalisierung, wo der Bund seine Zusage einer „Digitaloffensive Weiterbildung“ bisher nicht eingelöst hat.

„Die finanziell stark belasteten Kommunen können vielfach die notwendigen Investitionen in eine angemessene digitale Infrastruktur der Volkshochschulen nicht leisten. Vor diesem Hintergrund richtet sich die Erwartung einer Hilfe bei der Finanzierung dieses ‚Entwicklungsbereichs‘ an das Land NRW, das dringend seinen Einfluss auf den Bund geltend machen sollte, um die Bereitstellung von Mitteln für einen flächendeckend hohen digitalen Ausstattungsstandard der Volkshochschulen zu erreichen. Dies ist nicht zuletzt Voraussetzung für eine Medienkompetenzbildung, die tatsächlich die breite Bevölkerung erreicht und sie zu einer souveränen Meinungsbildung und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs befähigt“, heißt es in der Stellungnahme.

Darin hat der Landesverband auf ein grundsätzliches Dilemma der Volkshochschulen in NRW hingewiesen. Ihre Existenz als kommunale Weiterbildungszentren ist gesichert, nicht jedoch die Finanzierung ihrer umfangreichen Zukunftsaufgaben. Zwar wurde mit der WbG-Novelle die institutionelle Förderung für das pädagogische Personal an Volkshochschulen signifikant angehoben. Die zugesagte jährliche Anhebung um zwei Prozent ist jedoch nicht



Das Projekt „Gütersloh klärt auf - Gesundheitskompetenz erweitern“ bereitet seriöse Gesundheitsinformationen niederschwellig auf. Es wurde 2025 mit Mitteln aus dem Innovationsfonds des Landes gefördert.



gesetzlich verankert und fiel bereits 2025 den Sparmaßnahmen im Landeshaushalt zum Opfer. Nun droht die Erhöhung für 2026 ganz wegzufallen. Die Deckungslücke bei den Personalkosten wird somit immer größer - zu Lasten der Kommunen.

Kosten nicht zu Lasten der Kommunen verschieben

Die Kommunen, so der Hinweis, müssten schon jetzt einen wachsenden Anteil der Gesamtkosten schultern, etwa für professionelles Marketing oder für die vermehrte Festanstellung von Lehrkräften unter dem Druck der Sozialversicherungsträger.

„Im Sinne einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes NRW dürfen Qualität und Vielfalt des vhs-Angebots nicht von der Finanzkraft der Kommune abhängen“, appelliert der Landesverband. „Auch darf sich das Finanzierungsmodell der Volkshochschulen nicht einseitig in Richtung höherer Einnahmen durch einen überproportionalen Anstieg der Teilnahmegebühren verschieben, da dies eine wachsende Zahl von Menschen von Weiterbildung ausschließen würde.“

Alphabetisierung und Grundbildung: Engagement kraftvoll fortsetzen

„Jede und Jeder zählt! Gemeinsam für Grundbildung und Teilhabe in NRW“. Unter diesem Motto stand 2025 die Weiterbildungskonferenz NRW. Sie fand bewusst am Weltalphabetisierungstag statt. Vor dem Ende der AlphaDekade von Bund und Ländern (2016 – 2026) bestätigen die Ergebnisse der Studie „Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC 2023)“ einen anhaltend hohen bildungspolitischen Handlungsbedarf auf dem Feld der Alphabetisierung und Grundbildung.

Bereits in 2018 ermittelte die LEO-Studie der Universität Hamburg, dass 6,2 Millionen Erwachsene zwar Buchstaben, Wörter und einzelne Sätze lesen und schreiben können, jedoch Schwierigkeiten haben, längere zusammenhängende Texte zu verstehen. Die Zahl der Schulabgänger*innen ohne ersten Schulabschluss bleibt alarmierend hoch (Bertelsmann-Stiftung 2023) und unterstreicht ebenfalls die Notwendigkeit weiterer bildungspolitischer Bemühungen entlang der gesamten Bildungskette um gesellschaftliche und berufliche Teilhabe von Menschen mit Alphabetisierungs- und Grundbildungsbedarf zu sichern.

Grundbildung umfasst mehr als Literalisierung

Die Weiterbildungskonferenz begann mit einer Anhörung im Wissenschaftsausschuss zur der Frage: Wie gestalten wir Grundbildung in einer vielfältigen alternierenden Einwanderungsgesellschaft? Sachverständige aus Wissenschaft und gemeinwohlorientierter Weiterbildung erläuterten unter anderem einen breit gefassten Grundbildungsbegriff, der über Literalisierung hinaus weitere alltagsrelevante Kenntnisse umfasst – sei es im Umgang mit digitalen Medien, in der Gesundheitsvorsorge oder in der Bewertung politischer Prozesse.

In seiner Stellungnahme an den zuständigen Fachausschuss hatte der vhs-Landesverband im Vorfeld darauf hingewiesen, wie wichtig ein breites und flächendeckendes Grundbildungsangebot ist, um Menschen – je nach individuellem Bedarf und Interesse – einen niederschweligen (Wieder-) Einstieg in den Lernprozess zu ermöglichen.

„Von zentraler Bedeutung ist Bildungsberatung, die nicht nur punktuell ansetzt, sondern systematisch die gesamte Bildungskette in den Blick nimmt, um Grundbildung mit Angeboten zum Zweitspracherwerb, zum Nachholen eines Schulabschlusses und zur beruflichen Qualifizierung und Integration miteinander zu verzahnen.“

Starke Netzwerke sind ein wichtiger Erfolgsfaktor

Gelingende Grundbildungsarbeit setzt auf die gute Zusammenarbeit einer möglichst breiten Akteurslandschaft, darunter Bildungsanbieter*innen, Verwaltung, Beschäftigungsträger*innen, Betriebe sowie Jugend-, Familien- und Berufshilfe. Vielerorts haben die Landesmittel zur Förderung regionaler Bildungsentwicklung nach Paragraph 13a des Weiterbildungsgesetzes den Auf- und Ausbau von Netzwerkstrukturen wirksam unterstützt. Um Grundbildungs-



Weiterbildungskonferenz am Weltalphabetisierungstag 2025. Foto:Landtag NRW/Wilfried Meyer

angebote in NRW dauerhaft zu sichern, weiterzuentwickeln und bedarfsgerecht für die Diversität und das breite Altersspektrum der Einwanderungsgesellschaft auszubauen, braucht es allerdings verlässliche strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen. Notwendig ist, bewährte Praxis langfristig zu etablieren, während Projektförderung gleichzeitig das Erproben innovativer Ansätze unterstützen kann.

Besonders hob der vhs-Landesverband in seiner Stellungnahme die Bedeutung des Alphanetzes NRW hervor. Das Netzwerk umfasst inzwischen mehr als 150 Mitglieder. Die beim Landesverband der Volkshochschulen angesiedelte Koordinierungsstelle unterstützt die Netzwerkarbeit, den Erfahrungsaustausch und den Wissenstransfer und fördert die Qualifizierung des pädagogischen Personals in der Alphabetisierung und Grundbildung.

Auch der Landesweiterbildungsbeirat, in dem Weiterbildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen vertreten sind, hatte bereits im Frühjahr 2025 den Appell an die NRW-Landesregierung gerichtet, das Alphanetz NRW weiter zu fördern und sich auf Bundesebene für eine Fortsetzung der AlphaDekade einzusetzen. Celia Sokolowsky, die dem Beirat als Vorstandsvorsitzende des vhs-Landesverbands angehört, und Prof. Dr. Michael Schemmann (Universität zu Köln) hatten den Appell angeregt. „Die AlphaDekade steht für den Anspruch von Bund und Ländern, auch Menschen mit schwierigsten Bildungsvoraussetzungen lebenslang die Chance zu geben, sich fehlende Kenntnisse anzueignen, um in Gesellschaft und Beruf teilhaben zu können. Wir sehen das Land NRW in der Vorreiterrolle, dieses Ziel kraftvoll weiterzuverfolgen“, kommentierte Celia Sokolowsky.

Angebote müssen kostenfrei und wohnortnah sein

Die Mitglieder des Landesweiterbildungsbeirats halten Alphabetisierung für die zentrale Voraussetzung für das Nachholen von Schulabschlüssen. Und nur mit ausreichender Kenntnis der Schriftsprache können sich Menschen auch die nötigen Basiskompetenzen aneignen, um sich politische Zusammenhänge zu erschließen, ihre Rechte als Verbraucher*innen zu wahren, ihre ökonomischen Angelegenheiten zu regeln und die digitale Medienwelt zu durchschauen.



Am Rande der Weiterbildungskonferenz im NRW-Landtag: Raphael Tigges, weiterbildungspolitischer Sprecher der CDU im Landtag und Sprecher des Wissenschaftsausschusses, im Gespräch mit Sladjena Batinic, Koordinatorin des Alphanetzes NRW.
Foto: Landesverband

Der Landesweiterbildungsbeirat empfiehlt der NRW-Landesregierung, weiterhin die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Menschen in ihrem Wohnumfeld und am Arbeitsplatz einen niederschweligen Zugang zu passenden Lernangeboten finden können. Aufsuchende Bildungsarbeit im Quartier sowie Kooperationen mit Akteur*innen im Sozialraum und in Betrieben hält der vhs-Landesverband dabei für besonders vielversprechend, um Menschen in sozialen Risikolagen zu erreichen. Zudem sei wichtig, dass Angebote kostenfrei sind und Erwerbstätige für den Kursbesuch eine Freistellung erhalten.

Vor allem aber braucht es angesichts des bevorstehenden Endes der AlphaDekade den bildungspolitischen Konsens, dass Grundbildung auch in Zukunft eine wichtige Querschnittsaufgabe sowohl auf Bundes- als auch Landesebene bleibt. Die wertvollen Errungenschaften der AlphaDekade können nur so nachhaltig gesichert und weiterentwickelt werden.

Im Arbeitsfeld Digitalisierung rückt Künstliche Intelligenz in den Fokus

Die Digitalisierung hat Kommunikationsprozesse nicht nur technologisch, sondern auch in der sozialen Interaktion tiefgreifend verändert. Digitale Medienbildung ist deshalb zu einer Schlüsseldisziplin geworden, um den öffentlichen Diskurs konstruktiv mitzugestalten und Inhalte angemessen bewerten zu können. Im Arbeitsfeld Digitalisierung nahm der Landesverband im Jahr 2025 schwerpunktmäßig die Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz in den Blick.

Diese Entwicklung adressiert die Weiterbildung in zweifacher Hinsicht: Aus der zunehmenden Ausdifferenzierung und Verbreitung von Künstlicher Intelligenz erwächst zum einen ein Bildungsauftrag. Denn Menschen kommen im Berufs- und Privatleben zunehmend mit KI in Berührung – sowohl als Rezipient*innen als auch als aktive Anwender*innen. Um die breite Bevölkerung zu einem souveränen Umgang mit KI zu befähigen und bedarfsgerechte Bildungsangebote zu entwickeln, muss sich gleichzeitig auch das Personal in der Weiterbildung entsprechend qualifizieren. Zum anderen können Einrichtungen der Weiterbildung in ihrer Organisationsentwicklung vom Einsatz Künstlicher Intelligenz profitieren.

Ein wesentlicher Fokus des Landesverbandes bestand darin, das Wissen rund um Künstliche Intelligenz zu erweitern, das Verständnis für deren Funktionsweisen und Auswirkungen zu vertiefen, für Chancen und Risiken in der Nutzung von KI zu sensibilisieren und Beispiele aus der vhs-Praxis zu verbreiten.

Landesverband nimmt Stellung gegenüber der Enquete-Kommission

Auf Einladung der Vorsitzenden der Enquetekommission des NRW-Landtags „Künstliche Intelligenz – Für einen smarten Staat in der digitalen Gesellschaft“ hat der Landesverband im September 2025 eine Stellungnahme zum Themenfeld „Arbeitswelt und Weiterbildung“ abgegeben. In dieser betonte der



Fit für die digitale Welt von morgen: Medienkompetenz bleibt eine Schlüsselqualifikation. Foto: Peter Gwiazda

Landesverband, dass für einen verantwortungsvollen und souveränen Umgang mit KI – ob im Alltag oder in der Arbeitswelt – eine ganzheitliche Bildung notwendig ist, also eine Kombination aus einer soliden Grundbildung, digitalen Fähigkeiten sowie Zukunftskompetenzen. Der Landesverband benannte Unterstützungsbedarfe, damit Volkshochschulen diesem Bildungsauftrag noch besser erfüllen können.

In Kooperation mit der Supportstelle Weiterbildung (QUA-LiS NRW) und weiteren Partner*innen organisiert der Landesverband die Qualifizierungsreihe „KI für die Weiterbildung nutzbar machen“. Ziel der Reihe ist es, praxisnahes Wissen und strategische Ansätze für den Einsatz von KI in der Weiterbildung zu vermitteln. Die Reihe ermöglicht den Teilnehmenden, ihre Kompetenzen zu stärken, sich mit Kolleg*innen auszutauschen und gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen der digitalen Transformation zu entwickeln.

Zusammen mit den vhs-Verbänden Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz sowie mit der ARD bietet der Landesverband im Wintersemester 2025/26 die Medienbildungsreihe „FaktenSicher für Demokratie“ an. In öffentlichen Online-Gesprächen mit professionellen Journalist*innen werden Schwerpunkte wie fundierte Recherche und Quellensuche, Pressefreiheit, Fake News, Deepfakes und Desinformation in Zeiten von KI sowie der Zusammenhang zwischen Journalismus und gesellschaftlicher Verantwortung thematisiert.

Weiterbildung bleibt frei von Umsatzsteuer

Interview mit Mathias Szabó, Ministerium der Finanzen NRW

Mit dem Jahressteuergesetz 2024 blieb zunächst unklar, inwieweit Volkshochschulen weiterhin von der Umsatzsteuer befreit sind. Kürzlich hat das Bundesministerium der Finanzen zwei Schreiben herausgegeben. Der Landesverband der Volkshochschulen von NRW hat Mathias Szabó, Fachreferent im Ministerium der Finanzen NRW, um eine Einordnung gebeten.

vhs-Landesverband: *Wie ist nun aus Ihrer Sicht die Rechtslage in puncto Umsatzsteuer für die Volkshochschulen zu bewerten?*



Mathias Szabó, Ministerium der Finanzen NRW: Die Rechtslage wurde mit den beiden BMF-Schreiben vom 24. Oktober 2025 deutlich stabilisiert und konkretisiert. Es ist nun eine wichtige Klarstellung erfolgt: Die für Volkshochschulen zentrale Befreiungsvorschrift des § 4 Nr. 22a UStG blieb unverändert bestehen.

Die Verwaltung hat dazu ein Informationsblatt herausgegeben. Darin sind erstmals konkrete Abgrenzungskriterien für die Unterscheidung zwischen steuerbefreiten Bildungsleistungen und steuerpflichtiger Freizeitgestaltung formuliert.

Volkshochschulen können sich weiterhin auf „ihre“ spezielle gesetzliche Befreiungsvorschrift berufen. Bei der einzelfallbezogenen Beurteilung ihrer Angebote wird auch nach den neuen Regularien der weit überwiegende Anteil der Kurse weiterhin der Umsatzsteuerbefreiung unterliegen. Wichtig ist zudem, dass die Verwaltung im Informationsblatt ausdrücklich Themen aus Politik, Gesellschaft, Gesundheit und Kultur als bildungsrelevant anerkennt und nicht allein auf unmittelbare Berufsbezogenheit abstellt.

vhs-Landesverband: *Das BMF hat präzisiert, dass die bloße Ausübung von Aktivitäten als umsatzsteuerpflichtige Freizeit gilt. Aber es gibt ja auch das Prinzip „Learning by doing“. Wie lässt sich beides unterscheiden?*

Mathias Szabó, Ministerium der Finanzen NRW: Die Finanzverwaltung hat im Informationsblatt vom 24. Oktober 2025 einen differenzierten Kriterienkatalog entwickelt, der grundsätzlich auch praktisches Lernen als Bildungsleistung anerkennt

und den Spielraum, den das europäische und nationale Recht zur Definition der Umsatzsteuerbefreiung einräumen, weitestgehend ausnutzt.

Unterhalb der durch die Rechtsprechung formulierten Grenze zur umsatzsteuerfreien Bildungsleistung dürfte daher nur noch ein sehr kleiner Teil der Kurse als reine Freizeitgestaltung der Umsatzsteuer unterliegen. Nach Auffassung der Verwaltung ist – in enger Abstimmung mit den Verbänden der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in Deutschland – eine Gesamtschau von drei Kriterienbereichen entscheidend: Inhalt der Veranstaltung, Zielsetzung der Veranstaltung und objektive Eignung der Lehrkraft.

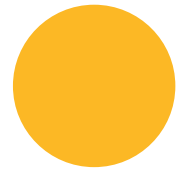
Für die Finanzverwaltung zählt die Zielsetzung: Der Schwerpunkt muss auf Wissens- und Kompetenzvermittlung liegen und einen Lernprozess initiieren. Die Veranstaltung darf nicht bloß den organisatorischen Rahmen für eine Gelegenheit zum Ausüben einer Freizeitaktivität bieten.

NRW setzt sich dafür ein, dass die rechtlichen Vorgaben des europäischen Mehrwertsteuerrechts rechtsicher angewendet werden, ohne die Besonderheiten unseres Bildungsalltags aus dem Blick zu verlieren. Dabei geht es um pragmatische und faire Lösungen. „Learning by Doing“ ist dann bildungsrelevant und steuerfrei, wenn ein pädagogisch-didaktisches Konzept zugrunde liegt, das strukturierte Lerninhalte, definierte Lernziele und geeignete Methoden umfasst.

Praktische Elemente sind also keineswegs schädlich – im Gegenteil: Das BMF erkennt ausdrücklich an, dass Bildungsleistungen sowohl theoretische als auch praktische Kenntnisse vermitteln können, die der Vertiefung und Festigung dienen. Die Abgrenzung erfolgt über die Frage, ob die praktische Tätigkeit selbst Zweck ist oder Mittel zum Bildungszweck.

Das vollständige Interview ist hier nachzulesen.
<https://www.vhs-nrw.de/interview-zur-umsatzsteuer/>

BNE-Fachtag in Dortmund: Positive Projekt-Bilanz und Blick nach vorn



Zukunftsstrategien in demokratischen Prozessen gemeinsam zu entwickeln, ist ein zentrales Prinzip der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Das BNE-Projekt des Landesverbandes orientiert darauf, die 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen vermittelt über die Volkshochschulen in NRW gesellschaftlich zu verankern.

Im Fokus des Projekts standen lokale Vernetzungen und Kooperationen zwischen Volkshochschulen und anderen Akteur*innen vor Ort sowie die (Weiter-) Entwicklung von Open Educational Resources (OER)-Materialien zum Thema BNE.

Ein zentrales Element waren die „Bürger*innenwerkstätten“. Sie standen unter dem Motto „Wie wollen wir 2030 zusammenleben?“ und verbanden Bürger*innen-Beteiligung mit Nachhaltigkeit. So baute die vhs Bergisch Land ihre Werkstatt auf bereits bestehenden Strukturen auf: Neben der Klimaschutzmanagerin der Stadt Leichlingen waren auch eine Reihe zivilgesellschaftlicher Initiativen an dem Prozess beteiligt, darunter das Netzwerk Klimaschutz sowie KlikKS Leichlingen (Klimaschutz in kleinen Kommunen und Stadtteilen). Rund 30 Personen trafen sich Anfang Februar 2025 zur Auftaktveranstaltung, um sich zu

vernetzen und um Ideen für gemeinsame Aktivitäten zu sammeln. In zwei Onlineveranstaltungen lernten die Teilnehmenden Best-Practice-Beispiele zu Themen wie Foodsharing oder Abfallvermeidung kennen. Die Vernetzung der Teilnehmenden wurde zusätzlich durch die Kommunikation in Sozialen Netzwerken unterstützt. Eines der Ergebnisse waren 16 Klimabotschafter*innen, die Gesicht zeigen für das Thema Nachhaltigkeit – auf einem Plakat und auf der städtischen Website.

Die vhs Hattingen setzte ihre Bürger*innenwerkstatt „Hattingen hat Nachhaltigkeit“ als eintägiges Angebot mit insgesamt fünf Fachforen um. Im Format „Gemischte Tüte“ wurden Bürger*innen und Expert*innen miteinander ins Gespräch gebracht, um gemeinsam konkrete Maßnahmen zu Themen wie Demokratie, Gesundheit und Nachhaltigkeit oder Natur und Mobilität für Hattingen zu entwickeln.

vhs übernehmen Verantwortung für Nachhaltigkeit in der Kommune

Im Mai 2025 endete die Laufzeit des ersten BNE-Projekts beim Landesverband. Der BNE-Fachtag, der zum Abschluss des Projekts an der vhs Dortmund stattfand, unterstrich die positive Bilanz: Volkshochschulen übernehmen Verantwortung und tragen aktiv dazu bei, dass Nachhaltigkeit sowohl in individuellen als auch in politischen Entscheidungsprozessen mehr Berücksichtigung findet. Volkshochschulen betrachten BNE nicht allein als Bildungsauftrag, sondern fühlen sich auch in ihrer Organisationsentwicklung dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Der Fachtag lieferte dafür wertvolle Informationen und Impulse. Der Landesverband stellte an seinem Stand im Dialogforum unter anderem eine Sammlung von BNE-Materialien für alle vhs-Programmbereiche vor. Sie erleichtert den Einstieg in BNE.

Produktive Kooperationen sind während des BNE-Projekts vor Ort und auch auf Landesebene entstanden – darunter mit dem RENN-Netzwerk (Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien) und mit der BNE-Agentur NRW. Diese Zusammenarbeit fortzuführen und auszubauen und gleichzeitig die Volkshochschulen als zentrale Akteure für kommunale Nachhaltigkeitsstrategien zu stärken, sind die Ziele eines BNE-Anschlussprojekts beim Landesverband, das noch vor Jahresende startet.



BNE-Fachtag an der vhs Dortmund. Foto: Sarah Rauch

vhs goes green: freiwilliger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft

Im Herbst 2024 startete das Projekt „vhs goes green“. Sieben vhs-Landesverbände und 36 Volkshochschulen haben sich zum Ziel gesetzt, Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgas-Emissionen umzusetzen und zehn Prozent ihrer Ausgangsemissionen einzusparen. Es geht darum, klimaschonendes Handeln auf Organisationsebene zu verankern, indem Mitarbeitende für das Thema sensibilisiert und einbezogen werden. So möchte auch der vhs-Landesverband NRW gemeinsam mit seinen Volkshochschulen einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft leisten.



Das Projekt startete mit einer Ist-Stand-Analyse in der Landesgeschäftsstelle und an Volkshochschulen. Nach Erhebung der Treibhausgas-Emissionen wurden Aktionspläne

erarbeitet, um das gemeinsame Einsparziel zu erreichen. Entsprechende Maßnahmen dafür können beispielsweise das Ändern der Heizungseinstellungen, ein Wechsel des Stromanbieters, die Senkung des StandBy-Verbrauchs durch Einsatz von abschaltbaren Steckerleisten oder die Verwendung von Recyclingpapier sein. „Die Teilnahme am Projekt basiert auf Freiwilligkeit, umso mehr freuen wir uns über die Beteiligung und das hohe Engagement der Volkshochschulen“, sagt Projektkoordinatorin Lisa Feeser. „Die meisten der teilnehmenden Volkshochschulen sind gut mit den Klimaschutzmanager*innen ihrer Kommune vernetzt, was zum Projekterfolg beitragen kann“, weiß sie aus der bisherigen Projekterfahrung. Die Vorreiter-Rolle der Volkshochschulen unterstütze wiederum die Kommunen dabei, ihre Klimaschutzziele zu erreichen.

Bundesweite Webinar-Reihe ist im September 2025 gestartet

Teil des Projekts ist außerdem eine bundesweite Webinar-Reihe für interessierte Bürger*innen unter dem Titel „Klima und Wir: Klimaschutz für alle!“, die im September 2025 gestartet ist. Sie informiert einmal monatlich über aktuelle klimarelevante Themen wie Klima und Digitalisierung oder Klima und Psychologie. Nach einem Impulsvortrag können die Teilnehmenden konkrete Fragen stellen. Die Webinar-Reihe kann kostenlos von jeder vhs ins Programm aufgenommen werden.

Zusätzlich soll ein digitaler Selbstlernkurs entwickelt werden, der auch nach Abschluss des Projekts allen Volkshochschulen zur Verfügung steht, die das Thema Nachhaltigkeit in ihrer Organisationsentwicklung weiter voranbringen möchten.

Die Volkshochschulen übernehmen hierbei nicht nur eine Vorbildfunktion und befördern das Erreichen der bundesweiten Klimaschutzziele. Sie tragen ebenso zu einer höheren Lebensqualität in ihren Kommunen bei und stärken die Selbstwirksamkeit der Bürger*innen.



Lokale BNE-Aktivitäten der vhs Bergisch Land waren am Infostand beim BNE-Festival ebenso Thema wie das Projekt vhs goes green.

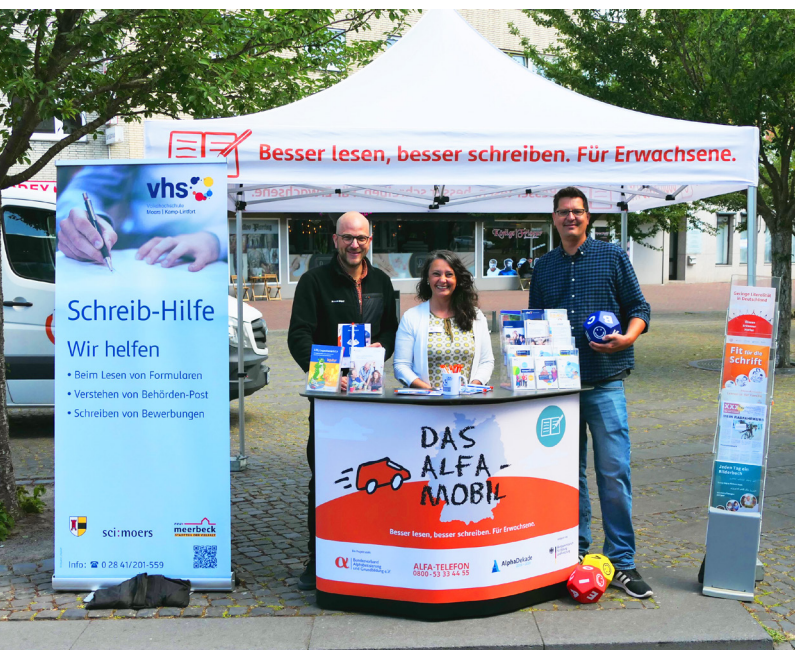
Alphanetz ebnet Zugänge zu Alphabetisierung und Grundbildung

Die AlphaDekade, die Bund-Länder-Initiative für Alphabetisierung und Grundbildung, endet in 2026. Das NRW-Ministerium für Kultur und Wissenschaft beauftragte 2024 das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) mit einer Evaluation des Alphanetzes NRW. Die Evaluation sollte zeigen, was bisher erreicht wurde, und daraus Handlungsoptionen für die Zukunft der Alphabetisierung und Grundbildung in NRW ableiten – über die AlphaDekade hinaus.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Alphanetzes ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Personen im Umfeld nicht oder gering literatisierter Menschen. „Wir müssen Wege in die Angebote aufzeigen, um Hemmschwellen abzubauen“, so Sladjena Batinić. Zukünftig sollen sozialräumlich orientierte Angebotsstrukturen stärker fokussiert werden. Der Zugang wird durch niederschwellige, offene Lernangebote erleichtert. So arbeitet die vhs Remscheid beispielsweise mit der Offenen Kinder- und Jugendhilfe, die Volkshochschulen Essen, Ahaus, Köln und Dortmund betreiben offene Lerntreffs in Wohnquartieren. Auch in Mehrgenerationenhäusern, Begegnungsstätten oder Sozialkaufhäusern entstehen mancherorts Anknüpfungspunkte zu Grundbildungskursen an Volkshochschulen.

Alphanetz NRW setzt sich für Professionalisierung ein

Der Wissenschafts-Praxis-Dialog ist eine der etablierten Veranstaltungen des Alphanetzes. Hier befruchten sich Wissenschaft und Praxis gegenseitig: Wissenschaftler*innen stellen neueste Studien vor, Expert*innen aus der Praxis bringen ihre Erfahrungen ein. Ein wichtiges Thema im Jahr 2025 war die weitere Professionalisierung der Kursleitenden in der Alphabetisierung. Ihre Qualifizierung ist essentiell, um eine hohe Qualität der Lernangebote sicherzustellen. Die Koordinierungsstelle des Alphanetzes NRW hat deshalb schon im Jahr 2019 Expert*innen mit der Entwicklung einer Fortbildungsreihe beauftragt. Die Reihe wurde 2025 überarbeitet und aktualisiert. Nach einer Pilotierung können Alphanetz-Mitglieder sie ab 2026 selbstorganisiert anbieten.



Das Alfa-Mobil zu Gast bei der vhs Moers - Kamp-Lintfort. Foto: vhs

„Der Bericht bildet in jedem Falle die hohe Relevanz des Landesnetzwerks für Alphabetisierung und Grundbildung ab“, erzählt Koordinatorin Sladjena Batinić. „Wir haben langjährige und zuverlässige Kooperationspartner*innen und wachsen stetig. Die Angebote des Alphanetzes wurden gut angenommen und äußerst positiv bewertet.“

Mit einer Resolution setzte der Landesweiterbildungsbeirat NRW ein starkes Zeichen für die Bedeutung und Notwendigkeit von Alphabetisierung- und Grundbildung über die AlphaDekade hinaus. Das Gremium mit Vertreter*innen aus Weiterbildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen bezeichnete das Alphanetz NRW und seine Koordinierungsstelle als „etablierten Impulsgeber, Ankerpunkt und zentrale Anlaufstelle für Alphabetisierung und Grundbildung in NRW“, deren Arbeit das Land dauerhaft absichern solle.

Lebendige Netzwerke für individuelle Grundbildungspfade

„Grundbildungsangebote vernetzen, individuelle Kompetenzen stärken“ (GrubiKomNRW) ist ein Verbundprojekt, welches das Grundbildungsniveau von Erwachsenen erhöhen und so dem Fachkräftemangel entgegenwirken möchte. Das Projekt wird an zwei Modellstandorten realisiert und soll übertragbare Erkenntnisse für die Grundbildungsarbeit anderer Volkshochschulen erbringen.

Das Projekt wird für verschiedene Zielgruppen umgesetzt: Zielgruppe in Herten sind junge Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte ohne (anerkannten) Schulabschluss und Beschäftigte im Helfersegment. In Oberhausen werden un- und angelernte Beschäftigte (überwiegend Frauen) mit Zuwanderungsgeschichte in pädagogischen, pflegerischen und Gesundheitsbranchen angesprochen. GrubiKomNRW entwickelt und nutzt regionale Vernetzungs- und Kooperationsstrategien, um gemeinsam vor Ort Grundbildungspfade zu entwickeln.

Der Landesverband und seine Netzwerkpartner*innen in Oberhausen begannen im Rahmen zweier Netzwerktreffen mit der gemeinsamen Konzeption. Sie entwarfen eine prototypische Persona, um die Ziele und Bedarfe ihrer Zielgruppe genauer skizzieren zu können. Welche Voraussetzung bringt die Person mit? Welche Ziele hat die Person? Welche Rahmenbedingungen braucht sie, um diese zu erreichen? Welche Fördermöglichkeiten bestehen bereits?

Im nächsten Schritt wurden vom Netzwerkpartner Arbeit und Leben DGB/VHS NRW e.V. Interviews

mit lokalen Expert*innen und Personen aus der Zielgruppe geführt. Demnach steht insbesondere der Wunsch nach Austauschmöglichkeiten im Vordergrund, denn so können die Teilnehmenden ihre sprachlichen Fähigkeiten trainieren und verbessern.

Die vhs Oberhausen brachte den konzeptionellen Umriss eines Grundbildungspfadest für die Bereiche Pädagogik/Erziehung und Pflege/Gesundheit in das Netzwerk ein. In Herten wurden die Interviews durch das Bildungswerk der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft e.V. durchgeführt. Deutlich wurde hier, dass eine sozialpädagogische Begleitung sinnvoll ist, die Menschen in alltagsrelevanten Belangen (z.B. bei Behördengängen) unterstützt. Ferner wurden bereits bestehende Bildungsangebote untersucht.

Produktive Netzwerke sind ein wichtiger Erfolgsfaktor

Der persönliche Austausch vor Ort ist sehr wichtig, um neue Ideen nach vorne zu bringen und für die notwendige Motivation untereinander zu sorgen. Das Vorankommen des Projektes GrubiKomNRW wird maßgeblich durch ein gut aufeinander abgestimmtes Netzwerk bestimmt. Unterschiedliche Perspektiven, vielfältige Erfahrungen und ein umfangreiches Wissen der Netzwerkpartner*innen sorgen dafür, dass Menschen in Herten und Oberhausen ihre Bildungschancen erhöhen können.

Die entstehenden Grundbildungspfade sollen die Teilnehmenden zu Schulabschlüssen oder zu besserer sprachlicher Qualifikation (mit Fokus auf den Beruf) führen. Die Steigerung der Literalität der Teilnehmenden ist ein wichtiger Baustein entlang der Bildungsketten. Sie erhöht gesellschaftliche Teilhabe und fördert die Integration in den Arbeitsmarkt.



Das GrubiKom-Netzwerk in Herten. Foto: vhs Herten



Das GrubiKom-Netzwerk in Oberhausen. Foto: vhs Oberhausen

Der Zweite Bildungsweg – Schwerpunkt auf Fortbildung der Lehrkräfte

Der Zweite Bildungsweg (ZBW) ist ein Fachbereich mit vielschichtigen Herausforderungen. Hier kommen Menschen mit unterschiedlichen Lern- und Lebensbiografien zusammen, um ihren Schulabschluss nachzuholen. Für manche ist die Schulzeit oder Lernsituation viele Jahre her, andere haben schlechte Erfahrungen im Schulsystem gemacht oder die Schule nicht in Deutschland besucht. Sie alle zu unterstützen und zum Schulabschluss zu begleiten – das ist eine der Hauptaufgaben des ZBW.

Zusätzlich zur Heterogenität der Lerngruppe müssen die Lehrkräfte auch Querschnittsaufgaben erfüllen, darunter die Vermittlung digitaler Kompetenzen oder Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die Fortbildung der Lehrkräfte ist daher ein wichtiges Arbeitsfeld. Hier knüpft das Projekt „Erfolgreich Lehren – Autonomie der Lernenden stärken“ an. Nach Abschluss der Konzeptionsphase in 2024 startete in diesem Jahr der Probedurchlauf. Nun steht seit Herbst 2025 das Online-Angebot für alle Lehrkräfte im ZBW in NRW zur Verfügung. Aktuell gibt es sieben Fortbildungen, u.a. zu den Themen Digitale Tools für den Unterricht, Classroom Management, Heterogenität und Binnendifferenzierung sowie Leistungsbewer-

tung im ZBW. Die Fortbildungen werden ab 2026 regelmäßig angeboten und weiter ausgebaut.

Der Landesverband bot wieder ein Vernetzungstreffen für sozialpädagogische Mitarbeitende an, in diesem Jahr mit dem Schwerpunkt „Psychische Erkrankungen“. Neben den wertvollen Impulsen von Psychologin Serena Livia Backschat zu Themen wie Basiswissen psychischer Erkrankungen, der eigenen Haltung und Abgrenzung und zu Symptom-Management im Klassenzimmer, hatten die Teilnehmenden Zeit und Raum für Austausch und die kollegiale Beratung.

Ein besonderes, fachübergreifendes Projekt für den ZBW war eine Lesereise mit Autor Dinçer Güçyeter. Gefördert wurde das Projekt durch das Programm „Kultur und Weiterbildung“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft (MKW). Die vhs Düsseldorf als Antragstellerin sowie zwölf weitere Volkshochschulen boten eine Lesung mit dem Autor des Buchs „Mein Deutschlandmärchen“ an.

Das Referat ZBW möchte weiterhin zuverlässig die Bedarfe der Volkshochschulen identifizieren und einen passenden Service anbieten. „Uns ist es wichtig, mit den ZBW-Standorten im guten Austausch zu sein, um Angebote zu entwickeln, die auch wirklich den Bedarf treffen“, sagt Referentin Sarah Schmitz. Ein Höhepunkt im Referat ist die jährliche Fachtagung, die am 27./28. November 2025 stattgefunden hat.

Arbeitsersparnis mit ZosP

Die Zentral organisierten standardisierten Prüfungen (ZosP) im ZBW gewährleisten seit mehr als 15 Jahren die Qualität der Prüfungen und ermöglichen eine hohe Flexibilität für die Lehrgänge. „Die Datenbank-Pflege ist eine technische und komplexe Aufgabe“, erzählt Melina Sonne aus dem Referat ZBW. „Das Gros der Arbeit vollziehen wir im Hintergrund.“ Dieses Jahr wurden zwei Säulen in Mathematik und Deutsch ausgetauscht. In Mathematik wurde eine Änderung aus den Regelschulen auch für den ZBW umgesetzt. In der Deutschprüfung werden die Sachtexte durch das Informierende Schreiben ersetzt. Dabei wird ein informierender Text aus verschiedenen Quellen erstellt. Der Ablauf der Prüfungen wurde durch diese Entwicklungen nicht beeinträchtigt.



Der Autor Dinçer Güçyeter stellte Teilnehmenden des ZBW der vhs Aachen sein Buch „Mein Deutschlandmärchen“ vor.
Foto: vhs Aachen/Evangelos Rodoulis

Die ZBW Kommission: der unerlässliche Kontakt zur Praxis

Die ZBW Kommission besteht aus Fachbereichsleitungen, die an verschiedenen Volkshochschulen in NRW arbeiten. Ihre Beratung und ihr Feedback sind für den Landesverband unverzichtbar. Sei es zu der Frage „Was wollen / brauchen Lehrkräfte?“ oder auch bei der Entwicklung neuer Ideen für die Volkshochschulen – die erste Anfrage des Landesverbandes geht immer zuerst an die ZBW Kommission.

Über dieses Gremium gestalten die Volkshochschulen die Angebote des Landesverbandes mit. In diesem Jahr unterstützte die ZBW Kommission den Landesverband tatkräftig bei Sprechstunden, Tagungen und beim Projekt „Erfolgreich lehren – Autonomie der Lernenden stärken“.

ESF-Projektagentur unterstützt Beantragung europäischer Fördermittel

Die ESF-Projektagentur des Landesverbandes konzentriert sich auf einen Teilbereich der Fördermittel durch den Europäischen Sozialfonds für Deutschland (ESF): die Lebens- und erwerbsweltbezogene Weiterbildung (LEW). Hierzu zählen die drei Fördergegenstände Grundbildung mit Erwerbswelterfahrung, Weiterbildung geht zur Schule und die Qualifizierung von Beschäftigten der weiterführenden Schulen und Weiterbildungseinrichtungen.

Klärung offener Fragen in jeder Phase des Verfahrens

Die ESF Projektagentur begleitet und berät bei der Interessenbekundung und beantwortet auch während der Antragstellung und der Durchführung der Maßnahmen anfallende Fragen. „Wir achten vor

allem auf die akkurate Einhaltung der vom ESF geforderten Formalitäten“, erklärt Projektmitarbeiterin Sarah Schmitz. „Egal wie viele Fragen die Volkshochschulen haben, wir sind für sie da.“

Im Mai fand erneut ein Aufruf zur Interessensbekundung statt. Leider ist im vergangenen Jahr die Höhe der Förderung pro Unterrichtsstunde gesunken und damit der Gesamtumfang der Förderung. Es gab aber erneut mehr Interessensbekundungen als Fördermittel vorhanden waren. Das lässt erwarten, dass der Fördertopf in diesem Umfang auch im kommenden Jahr zur Verfügung stehen wird.

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Union



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**

**Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Landesverband unterzeichnet Charta der Vielfalt und startet neues Diversity-Projekt

Für den Landesverband unterzeichneten am 9. April 2025 Verbandspräsident Klaus Hebborn und Diversity-Beauftragte Dr. Beate Blüggel die Charta der Vielfalt. Dies ist ein offizielles Statement im Sinne einer Verpflichtung zur Förderung von Diversity – im vhs-Angebot und in der eigenen Organisationskultur.

Dieser Selbstverpflichtung folgt der Landesverband auch mit dem Projekt „Weiterbildung zu Vielfalt“. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Karim Fereidooni von der Ruhr-Universität Bochum und weiteren Expert*innen setzt sich der Diversity-Rat des Landesverbandes für mehr Diversitätssensibilität in der gemeinwohlorientierten Weiterbildung ein. Dem Diversity-Rat gehören 13 Leitungen von Volkshochschulen aus allen fünf Regierungsbezirken an. Grundlage des Projektes sind zwei Studien der Universität, die quantitativ intersektionale Diskriminierungserfahrungen erforschten, 2022 unter Student*innen an der Universität und 2022/2023 unter Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung Bochum. Die Ergebnisse sind auch für Einrichtungen der Weiterbildung nutzbar.

Projekt entwickelt Fortbildungen für mehr Diversität in der Weiterbildung

Das Ziel des Projekts ist die Entwicklung einer Fortbildungsreihe, die das Personal von Weiterbildungseinrichtungen – sei es auf der Leitungs-, Planungs- oder

Kursleitungs-ebene – zu Diversitätssensibilität schult. Konzipiert wird diese Reihe von Praktiker*innen aus den Volkshochschulen und externen Expert*innen zu den Themen Rassismus, Klassismus und Ableismus.

Die im Rahmen des Projekts entstandenen Fortbildungsmodule werden bei einer Tagung Anfang 2026 erstmals praktisch erprobt. Die Teilnehmenden erhalten Gelegenheit, die Wirksamkeit der Module unmittelbar zu erleben und ihre eigenen Diversitätskompetenzen zu stärken.

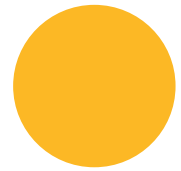
Die Module orientieren sich an einer einführenden Fortbildung zur Diversitätssensibilisierung, die Anna Hutnik (Landesverband der Volkshochschulen von NRW) und Filip Dedeurwaerder-Haas (vhs Frechen) erarbeitet haben und die auch bei der Weiterbildungskonferenz des Landtags im Herbst 2024 vorgestellt wurde. Darauf aufbauend soll eine Reihe zu verschiedenen Diversitätsthemen entstehen.

Passend zum Selbstverständnis der Volkshochschulen, „Bildung für alle“, soll das Projekt langfristig dazu führen, dass die Angebote von einer größeren Bandbreite an Menschen wahrgenommen werden. Zudem stärkt und erweitert der Landesverband sein bestehendes Netzwerk mit Akteur*innen im Bereich der gesellschaftlichen Vielfalt. Einer dieser Akteur*innen ist der Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung NRW, dessen Projekt Inkluevo Erwachsenen mit komplexer Behinderung mehr Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen will. Volkshochschulen waren an der Entwicklung entsprechender Angebote beteiligt, Dr. Beate Blüggel vertrat den Landesverband im Projektbeirat. Die Ergebnisse fließen nun in das Fortbildungsmodul zu Ableismus ein.



Im Beisein von Mitgliedern des Präsidiums und des Diversity-Rats unterzeichneten der Präsident des vhs-Landesverbandes NRW, Klaus Hebborn, und die Diversity-Beauftragte Dr. Beate Blüggel, Direktorin der vhs Aachen, die „Charta der Vielfalt“.
Foto: vhs-Landesverband NRW

Fördermöglichkeiten für kulturelle Bildung sollen systematisch erschlossen werden



Kulturelle Bildung weitet den Horizont. Teilnehmende können in der Auseinandersetzung mit Kunst oder durch kreative Betätigung neue Perspektiven gewinnen und Selbsterfahrungen sammeln. So unterstützt Kulturelle Bildung die Persönlichkeitsentfaltung und -entwicklung. Sie fördert mit ihren kreativen Lernorten Teilhabe und kann neue Verbindungen für die Teilnehmenden schaffen. Das stärkt die individuelle Handlungsfähigkeit, die grundlegend ist für die Gestaltung einer friedlichen und freiheitlichen Demokratie.

Die Kulturelle Bildung orientiert sich zunehmend fachbereichsübergreifend, was die Formate für Teilnehmende zugänglicher macht und neue Zielgruppen anspricht. So entstand beispielsweise an der vhs Bremen das Projekt „Kunst auf Rezept“, eine Verzahnung der Kulturellen Bildung mit der Gesundheitsbildung. Das Angebot richtet sich an erwachsene Personen, die unter psychischen Belastungen wie Depressionen, Ängsten, Stress oder Einsamkeit leiden. Diese Zielgruppe kann beispielsweise von ihren behandelnden Ärzt*innen oder Psychotherapeut*innen – sofern diese am Projekt teilnehmen – ein Kunst-Rezept erhalten, um damit kostenlos an ausgewählten Kunstkursen und einem dazugehörigen Gruppenangebot teilzunehmen. Die vhs Oberhausen hat Fördermittel des Landes NRW beantragt, um das Projekt ab 2026 vor Ort umzusetzen..

Volkshochschulen in NRW entwickeln neue Ideen für ähnlich inklusive Angebote, die Teilnehmenden soziale Anbindung bieten können. Aktuell prüft der Landesverband, inwieweit Bedarf besteht, diese Angebote weiter auszubauen und zu verstetigen, um dann in einem nächsten Schritt eventuell ein Netzwerk mit Multiplikatoren aus dem Gesundheitswesen aufzubauen.

Landesverband plant Übersicht verschiedener Förderprogramme

Kulturdezernentin Angelika Weide (Bezirksregierung Münster) gab bei der vhs-Leitungstagung in Aachen

einen Überblick über die Förderlandschaft im Bereich Kulturelle Bildung. Dies nahm der Landesverband als Impuls auf. Im kommenden Jahr sollen Fördermöglichkeiten für kulturelle Bildung an Volkshochschulen systematisch erschlossen und entsprechende Beratung angeboten werden. Auch soll es individuelle Beratungen zu Fördermöglichkeiten geben.

Das Programm „Kultur und Weiterbildung“ des Landes NRW fördert weiterhin Kooperationsprojekte von Volkshochschulen und anderen Trägern der außerschulischen Erwachsenenbildung mit lokalen Künstler*innen und Kultureinrichtungen – vorwiegend für Teilnehmende bis 27 Jahre. Auf dem Fachtag Kultur und Weiterbildung stand erneut der Erfahrungsaustausch zwischen Beteiligten und Interessierten im Vordergrund. Sie erhielten neben detaillierten Informationen zum Antragsverfahren auch Anregungen durch Best-Practice-Beispiele. Ein innovatives Projekt, das im Jahr 2025 über das Programm Kultur und Weiterbildung gefördert wurde, war das Skulpturen-Labor der vhs Datteln im Dorfschultenhof. Im Fokus stand bei diesem inklusiven Angebot das freie Experimentieren mit ungewöhnlichen Materialien. So entstanden an einem Wochenende in Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe Datteln eine Reihe individueller und gemeinsam gestalteter Skulpturen.

Kulturelle Bildung als Pflichtaufgabe der Volkshochschulen eröffnet Menschen neue Handlungsfelder und kann neues Interesse am Lernen wecken. „Die Verzahnung der Fachbereiche und Erhöhung der Zugänglichkeit unserer Angebote sind hierbei Schlüsselemente für unsere weitere Arbeit“, erklärt Lisa Feeser, neue Referentin des Fachbereichs.



Beim inklusiven Skulpturen-Labor kooperierte die vhs im Dorfschultenhof mit der Lebenshilfe Datteln. Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen konnten einzeln und gemeinsam mit unkonventionellen Materialien experimentieren. Foto: vhs im Dorfschultenhof

Landesverband verstärkt Aktivitäten in der Gesundheitsbildung

Der Landesverband greift die Gesundheitsbildung wieder verstärkt auf. Krisenbehaftete Zeiten erfordern ein hohes Maß an Resilienz und die Volkshochschulen tun genau das: Sie stärken in Gesundheitskursen die Eigenverantwortung der Teilnehmenden und erhöhen deren Selbstwirksamkeit. Die Fragen „Was wirkt sich auf meine Gesundheit aus und was kann ich selber für meine Gesundheit tun?“ leiten die Kursgestaltung. Weiterhin achten die Volkshochschulen auf die fachliche Qualifizierung ihrer Kursleitungen. „Es kommen viele Anfragen zur Einhaltung und Überprüfung der Qualifikationen“, so die neue Referentin für Gesundheitsbildung Lisa Feeser. Um die Volkshochschulen zu unterstützen,

vernetzt sich der Landesverband mit verschiedenen Verbänden wie dem Schwimmverband NRW.

Ein spannendes Thema ist die Verzahnung der Gesundheitsbildung mit weiteren Bereichen wie der kulturellen Bildung. Einige Volkshochschulen bilden diese Verzahnung bereits in ihren Programmbereichen ab.

Der Landesverband begrüßt, dass die Bundesfachkonferenz für Gesundheitsbildung 2026 in NRW an der vhs Hamm stattfindet. Impulsvorträge, Workshops und Praxis-Sessions stehen unter dem Titel „Gemeinsam. Gesundheit. Stärken – Mit Gesundheitsbildung die Zukunft gestalten“.

Digitalwegweiser NRW: Landesweites Netz von Akteur*innen in der Medienbildung

Desinformation und Künstliche Intelligenz verändern unsere Gesellschaft. Medienkompetenz ist in der digital geprägten Gesellschaft essenziell. In diesem Sinne schlossen sich unter Koordination des Landesverbandes siebzehn Organisationen und Initiativen für das Projekt „Digitalwegweiser NRW“ zusammen.

„Digitalwegweiser NRW“ ist ein Angebot des Medienkompetenz_LAB, eines Netzwerks von Akteur*innen im Bereich der Digital- und Medienbildung in NRW. Es wurde gemeinsam vom Center for Advanced Internet Studies (CAIS) und dem Referat „Digitale Gesellschaft, Medienkompetenz“ der Staatskanzlei des Landes NRW initiiert. Seit 2022 arbeiten die Mitglieder des Medienkompetenz_LAB zusammen.



Barcamp an der vhs Dortmund:
Foto: Peter Gwiazda

Das von der Staatskanzlei geförderte Projekt zielt darauf ab, die Vernetzung und die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteur*innen und Multiplikator*innen im Bereich der Digital- und Medienbildung in NRW zu forcieren. So soll mittelbar auch die Medienkompetenz aller Menschen in NRW gestärkt werden.

Im Rahmen des Projektes luden die Kooperationspartner*innen zu einem gemeinsamen Barcamp in der vhs Dortmund ein. Unter dem Motto „Wissen, das verbindet“ brachte der „Digitalwegweiser NRW“ erstmalig Akteur*innen aus NRW zusammen, die Erwachsene unabhängig von Alter, Bildung oder Technikverständnis dabei unterstützen, kompetent mit digitalen Medien umzugehen.

„Das Besondere am „Digitalwegweiser NRW“ ist, dass alle an einem Strang ziehen. Digital- und Medienkompetenz können wir nur gemeinsam stärken – indem wir voneinander lernen und gemeinsam Strategien und Lösungen entwickeln. Unser Ziel ist, dass sich aus der Veranstaltung eine dauerhafte, lebendige Community bildet, die auch über das Barcamp hinaus zusammenarbeitet.“ so Referentin Anna Hutnik.

Politische Bildung sucht fachübergreifenden Schulterschluss für Demokratie

Demokratiebildung und Politische Bildung haben aufgrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen stark an Bedeutung gewonnen. In einer Zeit demokratiegefährdender gesellschaftlicher Entwicklungen sind die Volkshochschulen besonders gefordert, Menschen in ihrer Widerstandsfähigkeit gegen vereinfachende populistische Deutungsmuster zu stärken und sie für demokratische Mitwirkung zu gewinnen. Der Landesverband unterstützt die Volkshochschulen dabei, sich für Demokratie stark zu machen.

In diesem Zeichen stand die dreitägige Veranstaltung „Die vhs als Ort der Demokratie stärken“ an der vhs Bochum. Die Fortbildung für hauptamtliche pädagogische Mitarbeitende (HPM) aller vhs-Programmbereiche behandelte unter anderem das viel diskutierte Neutralitätsgebot, das einer Parteilichkeit für demokratische Grundprinzipien mitnichten im Wege steht. Auch ging es um die Frage, wie Volkshochschulen einen geschützten, demokratischen, wertschätzenden Raum für Dialog und Diskussion schaffen können. Es wurden theoretische Grundlagen der politischen Erwachsenenbildung vorgestellt, Methoden erprobt und Praxisbeispiele aus dem vhs-Kontext getauscht. Die Fortbildung hatte zum Ziel, die pädagogische Haltung der HPM zu stärken und sie zu befähigen, einer Diskursverschiebung nach rechts entgegenzuwirken. Das Angebot entstand in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung NRW e.V., der Deutschen Vereinigung für politische Bildung e.V. und der vhs Bochum.



Foto: DVV

Gemeinsam mit der Landeszentrale für Politische Bildung NRW und dem Landesintegrationsrat NRW gestaltet der Landesverband die Qualifizierungsreihe „Chancengleichheit und Integration vor Ort. Die Politik unserer Stadt mitgestalten“. Zielgruppe sind neu gewählte

Integrationsratsmitglieder. Die Reihe findet Ende 2025 und im kommenden Jahr an mehreren Standorten in NRW statt. Vermittelt wird das nötige Rüstzeug, um sich in Strukturen und Abläufen der Kommunalpolitik zu orientieren, Ziele und Themenschwerpunkte festzulegen und Strategien zur Umsetzung auszuarbeiten.

Medienbildung richtet sich gegen Demokratiegefährdung

Die Bundesfachkonferenz Politik, Gesellschaft und Umwelt des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) wurde 2025 vom gleichnamigen Bundesarbeitskreis in der vhs Hamm durchgeführt. Unter dem Motto „Identität. Identifikation. Ideen.“ fokussierte sie sich auf sechs ausgewählte Bereiche: Demokratiebildung, Vielfalt, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Digitalisierung, Erinnerungskultur und Haltung/Positionierung. Der Landesverband NRW gestaltete die Impulse zum Themenkomplex „Digitalisierung/Medienbildung/KI“. Dabei ging es vor allem um Ideen für einen kritischen, konstruktiven und demokratischen Umgang mit Digitalisierung. Praxisbeispiele verdeutlichten, wie unterschiedliche Akteur*innen gemeinsam die politische und gesellschaftliche Teilhabe fördern und die Demokratie stärken können.

Die politische Bildung ist in der vhs-Landschaft Nordrhein-Westfalens zum fachübergreifenden Thema geworden. Referentin Anna Hutnik: „Die diesjährigen Aktivitäten zeigen eindrucksvoll, dass gelebte Demokratie nur im Miteinander funktioniert. Wo der Landesverband und seine Volkshochschulen vernetzt und in Kooperationen zusammenarbeiten, entstehen Lösungen und Projekte, die allein nicht möglich wären. Gemeinsam leisten wir einen wichtigen Beitrag zu einer lebendigen und widerstandsfähigen demokratischen Gesellschaft und setzen uns dafür ein, dass demokratische Werte in allen Bereichen unserer Arbeit fest verankert sind.“

Hohes Engagement der Volkshochschulen und Lehrkräfte für Erstorientierungskurse

Der Landesverband machte sich als Träger der Zentralstelle für Erstorientierungskurse (EOK) erneut für den Ausbau und Fortbestand des Kursangebots stark und organisierte im Dezember 2024 im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge das bundesweite Netzwerktreffen aller Zentralstellen für EOK.

Beim Austausch über die künftige Fördersituation kristallisierte sich schnell eine gemeinsame Richtung heraus. Die Zentralstellen arbeiten eng zusammen, um auf Bundesebene zu wirken. Sie richteten ein gemeinsames Schreiben an die Konferenz der Integrationsminister*innen der Länder (IntMK), in dem sie EOK als „tragende Säule der Integrationsinfrastruktur“ für Zugewanderte und Schutzsuchende herausstellten und Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe hervorhoben. Mit Erfolg. Die Integrationsminister*innen formulierten in ihrer Beschlussniederschrift die Forderung an den Bund, EOK zu erhalten und sichere Finanzierungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Die auf dem Netzwerktreffen gestärkte Solidarität trug die Zentralstelle in die vhs-Landschaft weiter: durch die Koordination, Vernetzung und Interessenvertretung der verschiedenen Akteur*innen im EOK-Bereich.

Zudem reagierte die Zentralstelle mit der Schulung „Niederschwellige Demokratie- und Kulturvermittlung im EOK“ auf einen dringenden Bedarf der Lehrkräfte. Die Schulung ist auf das EOK-Pflichtmodul „Werte und Zusammenleben“ zugeschnitten. Es wurden verschiedene Methoden und Material zur Vermittlung komplexer Themen wie Grundgesetz, Menschenrechte, Gleichberechtigung und Demokratie in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt.

Auch die Koordinierungsstelle weiß, wie anspruchsvoll die Arbeit der EOK-Lehrkräfte ist. Sie sind maßgeblich an der erfolgreichen Durchführung der Kurse beteiligt. „Die Kursleitenden schaffen eine sehr angenehme Lernatmosphäre und fördern den sozialen Umgang untereinander, den die Teilnehmenden sehr wertzuschätzen wissen“, erzählt Koordinator Niklas Christen. Denn EOK bedeutet nicht nur Spracherwerb, sondern

vor allem auch soziales Ankommen in Deutschland. Die EOK-Lehrkraft ist eine der zentralen Bezugspersonen in einer komplett neuen Umgebung.

Die Koordinierungsstelle hebt weiterhin die gute Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Trägern und das immense Engagement der Volkshochschulen hervor. Von der vhs Wesel-Hamminkeln-Schermbeck kam der Impuls, einen EOK speziell für zugewanderte Seniorinnen und Senioren anzubieten. Sie hatte den Bedarf unter ihren Teilnehmenden identifiziert. Ein entsprechender EOK wird seitdem rege besucht. Mit der vhs Volmetal wurde ein EOK-Video produziert, das den Mehrwert des EOK im besonderen Maße hervorhebt. Ebenso konnte der EOK der vhs Lippe-West in der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) Lage-Hörste trotz Trägerwechsel weiter durchgeführt werden. Der Kurs fand hierfür kurzfristig online statt. Die Flexibilität und Erfahrungswerte der Volkshochschulen tragen so zum guten Gelingen der EOK bei.



Ein Beitrag zur gelingenden Integration in Dormagen. Dort startete im August 2025 der erste EOK. Foto: vhs Dormagen

Landesverband plant Erasmus+ als Angebot für alle Volkshochschulen in NRW ab 2026

Der Landesverband der Volkshochschulen plant, künftig das EU-Programm Erasmus+ anzubieten. Erasmus+ ist ein Förderprogramm der Europäischen Union, das Bildung, Weiterbildung, Jugend und Sport in Europa unterstützt. Es ermöglicht Lernaufenthalte im europäischen Ausland, fördert den fachlichen Austausch und stärkt die europäische Zusammenarbeit.

Der Landesverband hat im Oktober 2025 einen Akkreditierungsantrag in der Leitaktion 1 der Erwachsenenbildung gestellt. In diesem Bereich fördert Erasmus+ die Lernmobilität von Personen, also Lern- und Fortbildungsaufenthalte im europäischen Ausland. Eine Antragsbewertung wird bis Februar 2026 erwartet.

Neben verschiedenen Volkshochschulen in NRW, die für ihre Mitarbeitenden Mobilitäten mit Förderung durch Erasmus+ anbieten, hatte die vhs Lippe-West bis Sommer 2025 Erasmus+ landesweit für haupt- und nebenberufliches Personal an Volkshochschulen angeboten. Mit der Beendigung des Projekts übergibt sie ihre Partnerschaften und Erfahrungen an den Landesverband. Dr. Petra Heider, ehemalige Erasmus+-Projektkoordinatorin der vhs Lippe-West, unterstützt seitdem das Erasmus+-Team des Landesverbandes.

Programm fördert neue Kontakte und eröffnet neue Lernerlebnisse

Mit Erasmus+ sollen die internationale Vernetzung der Volkshochschulen ausgebaut und neue Lernchancen für Kursleitende, Mitarbeitende und Teilnehmende eröffnet werden.

Lernmobilitäten, das können Fortbildungen, Job-Shadowings oder Langzeitaufenthalte an anderen Bildungseinrichtungen sein. Das europäische Förderprogramm leistet vor allem Zuschüsse zur Deckung von Kursgebühren, Reise- und Unterkunftskosten. Aber es können auch Betreuungskosten für Kinder oder Kosten für eine Begleitperson für Menschen mit Behinderung bezuschusst werden. Dank der Pauschalen

sind die Angebote für Teilnehmende nahezu kostenfrei.

Das Programm soll zugänglich sein für Mitarbeitende der Leitungs- und Verwaltungsebene, pädagogisches Personal und Kursleitende (Festangestellte sowie Honorarkräfte) aller Volkshochschulen in NRW und der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Zudem sollen auch Kursteilnehmende an Volkshochschulen die Möglichkeit zur Teilnahme an Erasmus+ erhalten.

Erasmus+ ermöglicht den Volkshochschulen die Fortbildung der Mitarbeitenden, unterstützt sie in der Organisationsentwicklung, trägt zur Attraktivität als Arbeitgeber bei und fördert die Programmentwicklung.

Der Landesverband übernimmt bei dem Programm eine informierende und koordinierende Funktion. Er akquiriert und pflegt Partnerschaften mit Bildungseinrichtungen im Ausland und verwaltet die Fördermittel.

Das Erasmus+-Programm des Landesverbandes wird nicht in Konkurrenz zu anderen Angeboten stehen, aber allen Volkshochschulen und ihren Mitarbeitenden offenstehen. Bei erfolgreicher Akkreditierung kann der Landesverband erste Erasmus+-Angebote voraussichtlich ab Sommer 2026 anbieten.

Weitere Informationen zu Erasmus+ sind zu finden auf der Seite der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung: <https://www.na-bibb.de/>.



Foto: Adobe Stock

Gremien

Präsidium

Klaus Hebborn (Präsident)
Dr. Marie Batzel, vhs Köln (Vizepräsidentin)
Dr. Stefan Mittelstedt (Vizepräsident)
Uwe-Frank Bauch, vhs Marl (Vorsitzender der vhs-Bezirksarbeitsgemeinschaft Münster)
Jana Blaney, vhs Nordkreis Aachen (Vorsitzende der vhs-Bezirksarbeitsgemeinschaft Köln)
Dr. Beate Blüggel, vhs Aachen (für Diversity zuständige Person)
Anne Katrin Dimov-Bartels, Landkreistag NRW
Cora Ehlert, Städte- und Gemeindebund NRW
Dr. Thomas Erler, vhs Mönchengladbach (Vorsitzender der vhs-Bezirksarbeitsgemeinschaft Düsseldorf)
Angela Freimuth MdL, FDP-Landtagsfraktion
Dr. Jan Heinisch MdL, CDU-Landtagsfraktion
Carolin Kirsch MdL, SPD-Landtagsfraktion
Martin Kurth, vhs Hilden-Haan
Josef Lieneke, vhs Verl-Harsewinkel-Schloß Holte-Stukenbrock (Vorsitzender der vhs-Bezirksarbeitsgemeinschaft Detmold)
Dr. Alex Mommert, Städtetag NRW
Dr. Gesa Reisz, vhs Oberhausen
Stephan Straub, vhs Dortmund (Vorsitzender der vhs-Bezirksarbeitsgemeinschaft Arnsberg)
Helle Timmermann, vhs Bochum
Lena Zingsheim-Zobel MdL, GRÜNE-Landtagsfraktion

Aufsichtsrat

Klaus Hebborn (Präsident)
Dr. Marie Batzel, vhs Köln (Vizepräsidentin)
Dr. Stefan Mittelstedt (Vizepräsident)
Dr. Thomas Erler, vhs Mönchengladbach (Vorsitzender der vhs-Bezirksarbeitsgemeinschaft Düsseldorf)
Josef Lieneke, vhs Verl-Harsewinkel-Schloß Holte-Stukenbrock (Vorsitzender der vhs-Bezirksarbeitsgemeinschaft Detmold)

Vorstand

Celia Sokolowsky (Vorstandsvorsitzende)
Tina Riepel (Vorständin)

Der Landesverband in Zahlen

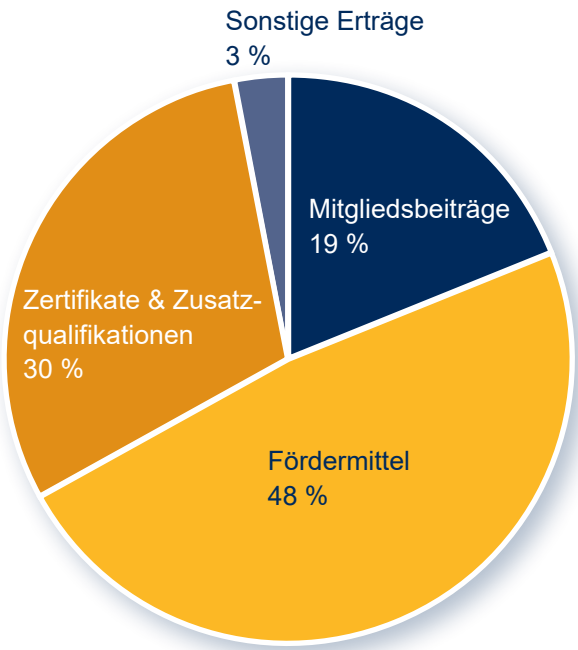


Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Volkshochschul-Statistik 2024

Finanzbericht des Landesverbands

Ertragslage		
Gewinn- und Verlustrechnung	2023	2024
	in TEUR	in TEUR
Erträge	4.374	4.457
Aufwendungen	4.157	4.303
Jahresüberschuss	217	154

Ertragsaufspaltung	2024
Mitgliedsbeiträge	865.180,20 €
Fördermittel	2.147.889,97 €
Zertifikate & Zusatzqualifikationen	1.321.598,00 €
Sonstige Erträge	122.414,03 €
Summe Erlöse	4.457.082,10 €



Das Team der Geschäftsstelle

Geschäftsführung



Celia Sokolowsky
Vorstandsvorsitzende

Fon 0211 542141-11
sokolowsky@vhs-nrw.de



Tina Riepel
Vorständin

Fon 0211 542141-15
riepel@vhs-nrw.de



Eleonora Träbert
Assistenz Vorstand

Fon 0211 542141-20
traebert@vhs-nrw.de

Team alphabetisch



Elif Aksabun
Verbund-Koordination
GrubiKomNRW

Fon 0211 542141-33
aksabun@vhs-nrw.de



Eva Bach
Sachbearbeitung

Fon 0211 542141-21
bach@vhs-nrw.de



Zohra Bacha
Sachbearbeitung

Fon 0211 542141-45
bacha@vhs-nrw.de



Sladjena Batinić
Koordination Alphanetz NRW
Referat Grundbildung und
Alphabetisierung

Fon 0211 542141-36
batinic@vhs-nrw.de



Nuray Biyikli
Projektmitarbeiterin

Fon 0211 542141-28
biyikli@vhs-nrw.de



Ellen Brückner
Projektassistentin
Erstorientierungskurse
(Kordinierungsstelle)

Fon 0211 542141-25
brueckner@vhs-nrw.de



Michaela Butterweck
Sachbearbeitung Prüfungen
und Qualifizierungen

Fon 0211 542141-12
butterweck@vhs-nrw.de



Niklas Christen
Koordination
Erstorientierungskurse
(Kordinierungsstelle)

Fon 0211 542141-47
christen@vhs-nrw.de



Lisa Feeser
Referat kulturelle Bildung, Gesund-
heitsbildung und Bildung für nach-
haltige Entwicklung

Fon 0211 542141-31
feeser@vhs-nrw.de



Maria Dolores Gomez Carrasco
Sachbearbeitung

Fon 0211 542141-48
gomez@vhs-nrw.de



Dr. Nadine Haarich
Koordination GrubiKomNRW

Fon: 0211 542141-39
haarich@vhs-nrw.de



Dr. Petra Heider
Europäisches Programm Erasmus+

Fon 0211 542141-49
heider@vhs-nrw.de



Elke Holzschneiders
Sachbearbeitung Öffentlich-
keitsarbeit | Grafik | Layout

Fon 0211 542141-17
holzschneiders@vhs-nrw.de



Danijela Idrizi
Projektassistentz
Erstorientierungskurse
(Zentralstelle)

Fon 0211 542141-30
idrizi@vhs-nrw.de



Simone Kaucher
Referat Presse/
Öffentlichkeitsarbeit

Fon 0211 542141-16
kaucher@vhs-nrw.de



Irene Kühl
Verwaltung | Finanzen |
Organisation | Personal

Fon: 0211 542141-19
kuehl@vhs-nrw.de



Barbara Piske
Sachbearbeitung Prüfungen
und Qualifizierungen

Fon 0211 542141-22
piske@vhs-nrw.de



Daniela Sanchez
Sachbearbeitung Prüfungen
und Qualifizierungen

Fon 0211 542141-38
sanchez@vhs-nrw.de



Sarah Schmitz
Referat Zweiter Bildungsweg
ESF Projektagentur

Fon 0211 542141-34
schmitz@vhs-nrw.de



Evy Van Brussel
Referat Integration |
Sprachen

Fon 0211 542141-14
vanbrussel@vhs-nrw.de



Anna Hutnik
Referat Digitalisierung

Fon 0211 542141-35
hutnik@vhs-nrw.de



Elena Kanter
Buchhaltung

Fon 0211 542141-27
kanter@vhs-nrw.de



Susanne Kerschies
Assistenz Verwaltung

Fon 0211 542141-29
kerschies@vhs-nrw.de



Regina Maaßen
Projektassistentz
Erstorientierungskurse
(Zentralstelle)

Fon 0211 542141-40
maassen@vhs-nrw.de



Kerstin Sack
Sachbearbeitung

Fon 0211 542141-31
sack@vhs-nrw.de



Inez Schauder
Assistenz Referat Integration
und Sprachen

Fon 0211 542141-37
schauder@vhs-nrw.de



Melina Sonne
Assistenz Referat Zweiter
Bildungsweg

Fon 0211 542141-46
sonne@vhs-nrw.de



Claudia Vogler
Koordination
Erstorientierungskurse
(Zentralstelle)

Fon 0211 542141-24
vogler@vhs-nrw.de

Veranstaltungen November 2024 bis Oktober 2025

Anzahl	Veranstaltung(en)	TN
Alphanetz / Alphabetisierung		
3	Austausch-/Vernetzungstreffen/Workshop	55
7	Fach Austausch	72
1	Fortbildung	13
2	Regionaltreffen	39
Diversity		
1	Workshop	15
1	Fach Austausch	12
ELW / Digitalisierung		
2	Fachtagung	162
1	Fortbildung	44
EOK-Zentralstelle		
2	LK-Schulungen	18
2	Netzwerktreffen	55
ESF-Projektagentur		
1	Informationsveranstaltung	46
GrubiKomNRW		
4	Netzwerktreffen	66
Kulturelle Bildung		
1	Fachtagung	25
Öffentlichkeitsarbeit		
7	Schulungen	97
5	Fortbildung	118
1	Fachtagung	52
Politische Bildung		
3	Fach Austausch/Fortbildung	68
6	Fachgespräch	309
Projekt BNE		
1	Fachtagung/Fach Austausch	108
1	Kommissionssitzung	9
1	Zukunftswerkstatt	6
1	Strategiewerkstatt	12

Anzahl	Veranstaltung(en)	TN
Prüfungszentrale		
1	Treffen der Cambridge Subcentres	15
2	Prüferqualifizierungen	27
Sprachen / Integration		
2	Workshop	66
1	Kommissionssitzung	9
vhs goes green		
1	Auftaktveranstaltung	21
Zusatzqualifizierung DaZ		
5	ZQ DaZ	74
1	ZQ Wahlmodule	5
2	ZQ Orientierung	22
Zweiter Bildungsweg		
7	Arbeitstreffen der ZosP Arbeitsgruppen	63
7	Austausch-/Vernetzungstreffen	154
1	Fachtagung	45
3	Fortbildung	79
1	Informationsveranstaltung	12
5	Kommissionssitzung	50
8	Online-Sprechstunde	126
4	Regionaltreffen	133
auf Leitungsebene		
3	Fortbildung	65
4	Aufsichtsratsitzung	28
2	Kommissionssitzung	10
1	Leitungstagung	104
1	Zweckverbandstag	36
1	Mitgliederversammlung	100
2	Präsidiumssitzung	40
119	Gesamtergebnis	2685



Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.
Bismarckstr. 98 | 40210 Düsseldorf

Fon 0211 542141-0
Fax 0211 542141-50
service@vhs-nrw.de
www.vhs-nrw.de



Volkshochschule.
Das kommunale Weiterbildungszentrum.